Privilegirte Schlesische Zeitung.

№ 258. Breslau, Mittwoch den 4. November. 1846.

Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn. Redacteur: R. Hilscher.

Uebersicht der Nachrichten.

Inland.

Berlin, 2. Nov. (Spen. Z.) Sicherem Vernehmen nach sind auch hier die Einleitungen zur Begründung eines Handelsgerichts so weit gediehen, daß es nächstens in das Leben treten soll, und allerdings wird es mit jedem Tage ein dringenderes Bedürfniß.

Alle Abtheilungen des Criminalgerichts haben schon Sitzungen gehabt, bis auf die erste Abtheilung, welche nur für besonders schwere Verbrechen bestimmt ist. Diese Abtheilung wird wohl erst in einigen Wochen in Wirksamkeit treten, weil alle in ihr zur Verhandlung gelangenden Sachen erst durch die Anklagekammer gehen müssen. — Von jetzt ab müssen alle Referendarien beim Staatsanwalt gearbeitet haben, ehe sie zum dritten Examen zugelassen werden. Die Referendarien sollen aber nur dazu benutzt werden, um Anklagen auszuarbeiten, nicht um öffentlich als Ankläger aufzutreten. Der Staatsanwalt ist für die von ihm ausgehenden amtlichen Schritte allein und zwar persönlich verantwortlich. In Zukunft will der Staatsanwalt alle Anklagen wegen versuchter Körperbeschädigungen zurückweisen und nur dann einschreiten, wenn die Wunde wirklich gefährlicher Beschaffenheit war, aber nicht, wenn sie durch irgend einen Zufall hätte gefährlich werden können, oder wenn durch die Handlung des Angeklagten eine Verletzung nur hätte in entfernter Möglichkeit entstehen können. — Unser Criminal-Gesetz setzt zwar sehr hohe Strafen auf wiederholte Diebstähle, um die Entwickelung wirklich professionirter Diebe zu verhüten, aber bei unserm alten Prozeßverfahren sind diese hohen Strafen fast nie zur Anwendung gekommen, weil sie nur bei wirklicher Ueberführung und demgemäßer Verhängung einer ordentlichen Strafe eintreten können, unsere Diebe aber äußerst schwer zu überführen sind und es daher stets bei der geringeren, außerordentlichen Strafe bleiben mußte. Jetzt ist der Unterschied zwischen ordentlichen und außerordentlichen Strafen fortgefallen und alle Strafen sind ordentliche geworden. Ein Dieb, der jetzt zum zweiten Mal wegen gewaltsamen, oder zum vierten Mal wegen gewöhnlichen Diebstahls bestraft wird, hat also schon lebenswierige Strafe verwirkt. So steht zu hoffen, daß unter unseren Dieben, die sonst Decennien hindurch dem Gesetze Trotz bieten konnten, bald aufgeräumt sein wird. Nach einem Plenarbeschluß des Criminalgerichtes sollen bei den gegenwärtigen öffentlichen Verhandlungen alle Personen, in so weit sich solche nicht in einem jugendlichen Alter befinden, mit „Sie" angeredet werden. Viele unserer Verbrecher sind so schlecht und dürftig gekleidet, daß sie unmöglich in ihren eigenen Kleidern vor eine öffentliche Versammlung geführt werden können. Selbst unter den Zeugen kommen zuweilen Erscheinungen vor, welche Jeden mit Ekel erfüllen müssen. Eine Umkleidung auf Kosten des Staats wäre in solchen Fällen wohl angemessen. Am Rhein sollen zu diesem Zweck Garderoben auf den Gerichten bestehen.

Düsseldorf, 27. October. (Rh. B.) Es ist hier das Projekt aufgetaucht, bei der Staatsregierung die Verleihung eines Bank-Comtoirs für unsere Stadt zu beantragen.

Köln, 29. October. (Westf. M.) Die vorgestrige Monatsversammlung des Central-Dombau-Vereinsvorstandes eröffnete der Präsident durch die Mittheilung, daß seit dem 23. Sept. 1762 Thlr. eingegangen seien und demnach die bisherige Gesammteinnahme 176,681 Thlr. betrage. Hierauf wurde der dreizehnte, die Periode vom 1. Juli bis letzten Sept. 1846 umfassende Baubericht des Dombaumeisters Zwirner verlesen, welcher in Bezug auf das rasche Fortschreiten des Baues an den verschiedenen in Angriff genommenen Punkten sehr günstig lautet. Der Präsident verlas sodann die vom Erzbischof v. Geissel unterm 2. October ausgefertigte Urkunde über die Annahme der Schenkung von 10,000 Thlrn. für den Fortbau des nördlichen Theiles der Domkirche und von 26,000 Thlrn. zur Aufrichtung des nördlichen Querschiffs mit Strebewerk, zum Aufbau der Gewölbe im nördlichen Seitenschiffe, sowie zum Bau der Pfeiler und Gallerien über diesem Seitenschiffe.

Köln, 28. Octbr. (Barm. Z.) Ob der General-Procurator gegen die (gestern erwähnten) Beschlüsse der Rathskammer Opposition bei dem Anklagesenat eingelegt hat, haben wir bis dahin nicht erfahren. Wäre dem nicht so, so fielen alle Zweifel gegen die Gültigkeit der Wahl der Herrn Raveaux, D'Ester und Schmitz zu Gemeinderäthen weg. Man ist darauf gespannt, ob daraufhin die Papiere, die man mit Beschlag nahm, zurückerstattet werden. Ob noch irgend einer Civilklage gegen Raveaux wegen Beleidigung einzelner Personen Folge gegeben werde, müssen wir erwarten. Die Klage, welche der Oberst der Dragoner, v. Woedtke, gegen die Mannheimer Abendzeitung richtete, scheint liegen zu bleiben, wenigstens ist die geforderte Caution nicht geleistet. Dagegen hat der Vater des schwerverletzten minderjährigen Schneiders Boldermann eine Civil-Entschädigungsklage gegen den Oberst v. Woedtke eingeleitet.

Aachen, 29. Oct. — Unsere Zeitung enthält in einem längeren Aufsatz Folgendes: „Die Handelskammer in Köln hat den kürzlich zwischen Holland und Belgien abgeschlossenen Handelsvertrag einer Untersuchung unterworfen, und sich gedrungen gesehen, ihre Beschwerden über denselben auszusprechen. Diese sind vollkommen gegründet, und mit Recht sagt sie, die Bestimmungen dieses Vertrags enthielten eine beleidigende Zurücksetzung für den Zollverein, ja Holland habe geradezu dem letzteren damit den Handschuh hingeworfen, und ihn liegen zu lassen, sei eine Schwäche. Das herausfordernde Benehmen Hollands ist schon 30 Jahre alt und dieses Alter entschuldigt freilich Holland mehr, als uns. Aber, wenn auch langsam, so wird einmal der Zollverein, wird Deutschland doch zu einem richtigen Erkenntniß seiner Interessen nicht bloß, sondern auch seiner Würde und gerechten Ansprüche gelangen. Der neue Vertrag zwischen Belgien und Holland begünstigt die belgischen Baumwollenwaaren mit 2 pCt. gegen die des Zollvereins, wollene Tücher mit 15 Frs. (4 Tlr.) für den Ctr., andere Wollen-Stoffe mit 4 Fr., leinene mit 3 pCt., eben so die gemischten, und die Gleichheit wird nur für die Stoffe belassen, wo Belgien außer Concurrenz ist. Es geht dem Zollverein also für die wichtigsten Zweige hier wiederum ein Markt verloren, und man weiß, daß unsere Industrie nicht in der Lage ist, dergleichen Verluste verschmerzen zu können."

Königsberg. Die städtische Ressource, deren Mitgliederzahl aus Local-Rücksichten 1000 nicht übersteigen kann, zählt deren gegenwärtig bereits 921.

Dr. Rupp schreibt in der Hartungschen Königsberger Zeit. an den Archidiakonus Wolf in Kiel: „Wirklich, verehrter Freund, ich wäre mit leichterm Herzen von Berlin geschieden, hätte ich annehmen können, daß Intoleranz mich ausgeschlossen. Denn so trübe das Auge des Intoleranten ist, in seinem Herzen hat Glaube und Ueberzeugung Raum. Aber nein; von diesem Erben des Fanatismus habe ich kaum eine Spur wahrgenommen. Im Gegentheil, wenn mich dort etwas überraschte, so war es die Toleranz. — Einen Augenblick stand auch ich in dem Wahne, daß mein Glaube, meine Auffassung des Christenthums es Vielen unmöglich mache, mich für ein Mitglied der protestantischen Kirche zu halten. Man ist so daran gewöhnt, nach dem Glauben zu fragen, wenn man von einem Menschen mehr verlangt, als das einfache Bekenntniß, daß er einer bestimmten Kirche angehöre. Aber man enttäuschte mich bald. Aus dem, was man mir unbefangen gestand, entnahm ich, daß es auf meine Ueberzeugung nicht ankomme, wenn hier zu entscheiden sei, ob ich zur protestantischen Kirche gehöre; daß man sich hüten werde, darüber urtheilen zu wollen, ob ich evangelischer Christ sei, wie die Statuten es verlangten, oder ob ich es nicht sei; daß es endlich für die vorliegende Frage überhaupt gleichgültig sei, ob ich zur protestantischen Kirche gehöre oder nicht. Es sei gegenwärtig gefährlich mich dafür zu halten; dies sei das Einzige, was meine Zulassung zur Generalversammlung unmöglich mache. Sie sehen das Zeitalter der Intoleranz in der Kirche ist vorüber und das der Toleranz kann beginnen, wenn nicht eine Zwischenperiode der kirchlichen Diplomatie diesen Anfang noch hinaus schiebt. Freilich diese Zwischenperiode kann lange dauern, denn das Trugbild von Gefahr, das sich die Furcht geschaffen, verschwindet nicht so schnell als die Gefahr selbst, wo sie wirklich vorhanden ist. Seitdem ich die kirchlichen Diplomaten und ihre Aufklärung aus eigener Erfahrung kennen gelernt habe, bin ich sehr in Gefahr die Intoleranten zu lieben und zu verehren."

* Posen. Seit dem 1. Novbr. ist hier empfindlicher Frost eingetreten, der die im schönsten Flor stehenden Georginen in einer Nacht mit schwarzem Trauerkleide überzog. Die Theurung ist fortwährend im Steigen. Gott gebe keinen strengen Winter, damit die düstre Stimmung unserer Gegend nicht noch düsterer werde. Die Polen werden sich bei den Landtagswahlen sehr passiv verhalten, sie hoffen für sich keine Aenderung durch den Landtag, dennoch haben einige von ihnen weitaussehende Pläne.

Deutschland.

Leipzig, 1. November. — Gestern trat die alljährliche Erneuerung des Rectorats unserer Hochschule ein und erregte ein besonderes Interesse, weil die Wahl abermals den Professor von der Pfordten getroffen hat; es ist ein fast unerhörter Fall, daß die Wahl nacheinander auf denselben Mann fällt, wie es hier geschehen ist. Wohl mag von der Pfordten nicht alle Hoffnungen erfüllt haben, die man an seine Wahl knüpfte, und zu welchen man durch sein Auftreten in Bayern sowohl als Anfangs hier sich für berechtigt hielt; allein das muß ihm Jeder zugestehen, daß unter allen hiesigen Professoren er jedenfalls der beste ist und der Zopf, welcher an unserer Hochschule unter den ältern Professoren wenigstens noch die unbedingte Herrschaft hat, ihn nicht zu seinen Vertretern zählt. Der Fackelzug am gestrigen Abend war zahlreicher und herzlicher als sonst, denn die Studenten achten und lieben von der Pfordten wirklich. — Was ich hinsichtlich der bayerischen Eisenbahn mittheilte, hat sich seitdem durch öffentliche Bekanntmachung bewährt; eine Generalversammlung soll über die Abtretung der Bahn entscheiden und deren Entscheidung ist nach Lage der Sache nicht zweifelhaft. Zwar hat das Directorium einen Bericht über den „Fortgang der Unternehmung" — eine prächtige Ironie! — drucken lassen, welcher das Ganze in möglichst günstigem Lichte darstellt, aber Niemand glaubt daran, und die Actienbesitzer sind froh, mit einem blauen Auge davon zu kommen. — Unsere morgen beginnenden Gemeindewahlen beschäftigen die Einwohnerschaft dieses Jahr fast lebhafter als selbst im vorigen, denn es handelt sich um eine sehr wichtige Wendung. Vor drei Jahren kam unser Geldadel plötzlich auf die Idee, es passe nicht, wenn schlichte Handwerker u. s. w. mit über das Wohl der Stadt zu Rathe säßen; das sei eine Prärogative des Geldsacks. Man schaarte sich daher zusammen, machinirte im Stillen, einigte sich über den Wahlzettel und schob denselben, wo es nur anging, den Abhängigen unter. Mit diesen Umtrieben — den ersten, die in Leipzig gemacht wurden — und mit Hülfe des sträflichen Indifferentismus eines großen Theils der Wähler gelang es wirklich, das ausscheidende Drittel der Stadtverordneten nur durch den Geldadel zu ersetzen. Leipzigs Finanzen haben diesen Wechsel schwer verspürt, denn die reichen Leute bewilligten, was man eben haben wollte. Aber die Handwerker wurden nun auch wach und eine weit allgemeinere Theilnahme an den Wahlen war die Folge des ersten Schrittes. Einmüthig, wie er hereinkam, scheidet der Geldadel nun mit dem Schlusse dieses Jahres aus und strengt sich furchtbar an, seine Angehörigen wieder wählen zu lassen. Allein es ist sehr zu bezweifeln, daß es gelingt. — Die Theuerung der Brotfrüchte haben einen Verein hier ins Leben gerufen (s. No. 256 d. Z.),

welcher ein Kapital zusammenschießt, um Getreide dafür zu kaufen und den Unbemittelten billigeres Brot zu schaffen. Auch die Stadt hat sich mit 7000 Rthlr. dabei betheiligt und die Stadtverordneten haben ihre Bewilligung in der letzten Sitzung sofort gegeben. Das Gesammtkapital wird wohl auf 20,000 Rthlr. steigen. So löblich diese Bestrebung ist, so ist sie doch unter Umständen ins Leben getreten, die ihr nur einen theilweisen Erfolg versprechen. Denn die Getreidepreise haben wahrscheinlich den Culminationspunkt ihrer Höhe bereits erreicht, da es — wenigstens hier allenthalben — keineswegs an Getreide fehlt, sondern dasselbe nur zurückgehalten wird. So wird also der Verein, weil er zu spät kommt, wahrscheinlich große Verluste erleiden, was er nicht will, und bald theureres Getreide haben, als die Marktpreise sind. Dann aber haben wieder wenige reiche Leute die ganze Geschichte gebraut, sich selbst zum Ausschusse gemacht und verlangen von ihren Mitbürgern huldreichst nur Geld. Der kostbare Grundsatz: „So wir nicht mit rathen, so wir nicht mit thaten" bricht sich aber immer mehr Bahn und wie bereitwillig man auch der augenblicklichen Noth steuert, so werden doch viele nicht eben geneigt sein, sich blos zum Geldgeben brauchen und sonst von den reichen Leuten bewundern zu lassen. Alle derartigen Unternehmungen, die nicht auf freier autonomer Vereinigung beruhen, sind in unserer Zeit als verloren zu betrachten. — Endlich hat die Stadt Leipzig sich auch einigermaßen um das Turnen bekümmert und ist im Begriffe, dem hiesigen Turnvereine ein Winterlokal zu bauen; wenn die Unterstützung, welche derselbe erhalten soll, auch vorerst noch sehr dürftig ist, so ist es doch ein Anfang.

Schleswig, 29. Okt. — In der heutigen Sitzung der Stände-Versammlung motivirte der Etatsrath P. Lüders seine Proposition, betreffend die Vorlage des Patents vom 7. Sept. d. J. wegen der veränderten Organisation der schleswig-holsteinischen Regierung. Der Proponent ging von dem allgemeinen Gesichtspunkte aus, daß durch dieses Patent der Polizeistaat seine höchste Spitze erreicht habe im Gegensatz des constitutionellen Staatslebens. Eine Menge Verwaltungs-Gegenstände, die nach der Organisation der schleswig-holsteinischen Regierung vom 15. Mai 1834 einer kollegialischen Berathung unterworfen gewesen, wären nun der Entscheidung eines einzelnen Rathes anheimgefallen. Von diesem hänge es sonach ab, ob z. B. ein im Privateigenthum befindliches Grundstück für irgend einen öffentlichen Zweck in Anspruch genommen werden solle, ob Eigenthums-Reclamation in Strandsachen, ob Heimaths-Streitigkeiten, Streitigkeiten über Wege, Deichsachen an die Gerichte gelangen sollten oder nicht. Der Stände-Versammlung sei keine Vorlage wegen dieses Patents gemacht worden. Etatsrath Falck meinte, die Proposition sei nicht umfassend, denn es werde eine definitive Regierungs-Instruction kommen, und diese müsse vorgelegt werden; das Patent sei provisorisch. Hierauf wurde ihm erwidert, daß dem nicht so sei, und ob man denn zwei Jahre seine Rechte bloßstellen solle. Beschränkungen könnten doch eintreten. Es sei klar, bemerkte Etatsrath Esmarch, daß das Patent habe vorgelegt werden müssen, wie denn auch die Wichtigkeit des Gegenstandes solches erfordere. Pastor Lorenzen griff es von der Seite an, daß über Geistliche ohne Zuziehung eines Gutachtens der Geistlichkeit von einem Laien abgeurtheilt werden könne. Der Regierungs-Commissär wollte seine beiden Qualitäten unterscheiden. Als kgl. Commissär müsse er mit Bestimmtheit aussprechen, daß diese Sache zur Kompetenz der Stände-Versammlung nicht gehöre. Wie die Landes-Regierung ihre Organe organisiren wolle, sei lediglich ihre Sache. In seiner amtlichen Qualität würde ihm sonst eine Verhandlung angenehm sein. Was das delegirte Mitglied geäußert, dem wolle er in totum et tantum kontradiziren. Etatsrath Lüders legte nun noch einen Protest gegen des Commissärs Ansicht rücksichtlich der Kompetenzfrage ein. Pastor Lorenzen forderte zum Kontradiziren auf; da der Regierungs-Commissär schwieg, so nahm der Präsident das Wort: Gestern hätten die Stände eine Constitution berathen, sie möchten jetzt auch gegen die mögliche Willkür Einzelner das Land in Schutz nehmen; deshalb verdiene der Proponent für seine Proposition ihren Dank. Die Frage, ob ein Comitee zu wählen sei, wurde mit 39 Stimmen gegen 3 bejahend entschieden.

Nachstehende Mittheilung über einen Theil der zweiten Sitzung der schleswigschen Stände entnehmen wir der ersten Nummer der bereits erschienenen Stände-Zeitung: Nachdem der Tagesordnung gemäß der Abgeordnete für den 6ten städtischen Wahldistrikt, Dr. Gülich, aufgefordert worden, den von ihm gestellten Antrag wegen einer von der Versammlung zu beschließenden Adresse an Se. Majestät den König zu motiviren, bemerkte der königl. Commissair: Bevor zur Tagesordnung übergegangen wird, sehe ich mich veranlaßt, in Beziehung auf die von dem Abgeordneten des 6ten städtischen Wahldistrikts gestellte Proposition das Wort zu nehmen. Diese Proposition lautet dahin: Die schleswigsche Ständeversammlung beschließt den Antrag, Se. königl. Majestät wollen das gegenwärtige Regierungssystem auf eine den Forderungen der öffentlichen Moral und Gerechtigkeit entsprechende Weise ändern, den deshalb nöthigen Wechsel mit den Personen Ihrer Rathgeber vornehmen, und namentlich den Kanzleipräsidenten, Grafen Carl v. Moltke, baldigst aus dem Staatsdienste entlassen. Es kann nun zwar Niemand mehr als ich von der Ansicht durchdrungen sein, daß in einer ständischen Versammlung den Mitgliedern derselben volle Redefreiheit gestattet sein müsse, und ich werde solche jederzeit zu ehren und zu achten wissen. Mit Rücksicht auf den ersten Theil jener Proposition aber, welcher, außerhalb der Versammlung ausgesprochen, dem Strafgesetz verfallen sein würde, hätte ich gewünscht und gehofft, daß dieselbe nicht ausgelegt worden wäre. Es ist gleichwohl geschehen, die Proposition ist an der Tafel befestigt worden. Ich möchte es nunmehr aber der Erwägung der Versammlung anheimgeben, ob die Versammlung nicht beschließen wolle, daß diese Proposition, so weit sie den ersten Theil betrifft, von der Tafel wieder zurückgenommen werde. — Der Präsident: Der verehrliche Abgeordnete, welcher die gedachte Proposition gestellt hat, hat nach dem Reglement das Recht, daß auch mit dieser Proposition ordnungsmäßig verfahren werde, und es wird von der Versammlung abhängen, ob sie die Verweisung derselben an einen Ausschuß beschließen wolle oder nicht. Dies sind die gesetzlichen Vorschriften, nach denen ich als Präsident der Versammlung zu verfahren habe; was dann aus der Proposition wird, ob sie von der Versammlung an einen Ausschuß verwiesen wird oder nicht, darüber habe ich eine Meinung überhaupt nicht und am wenigsten jetzt äußern dürfen. Ich ersuche demnach den Herrn Abgeordneten für den 6ten städtischen Wahldistrikt, die von ihm gestellte Proposition nunmehr zu motiviren. Der kgl. Commissair entgegnete hierauf nichts weiter, ließ sich jedoch noch länger über den Begriff einer Adresse aus, indem er meinte, eine solche dürfe nur allgemeine Aeußerungen der Loyalität und des Dankes gegen den Landesherrn enthalten, nicht aber Gegenstände, welche sich zur Stellung von besonderen Anträgen eigneten. „Ich muß", so schloß der Commissair, „die verehrliche Versammlung darauf aufmerksam machen, daß ganz abgesehen von dem materiellen Inhalt der Adresse bei Wahl einer nicht gesetzlich vorgeschriebenen Form, schon der Form wegen der kgl. Commissair vollständig das Recht hat, die Adresse anzunehmen oder abzulehnen, ohne genöthigt zu sein, deshalb weitere Rechenschaft abzulegen. Diese meine Ansicht, welche sich auf die Gesetze stützt, habe ich in der Versammlung mittheilen wollen, und muß es nunmehr derselben überlassen, was sie beschließen will." — Der Präsident: Das Verfahren bei Einreichung einer Adresse ist in der Verordnung v. 15. Mai 1834 nicht besonders behandelt, es steht nicht in derselben bestimmt, daß eine Adresse erlassen werden dürfe oder solle, es wird aber auch das Gegentheil nicht gesagt. In beiden, der schleswigschen sowohl als der holsteinischen Ständeversammlung, hat sich jedoch eine Usance für die Einreichung einer Adresse gebildet, und es dürfte dies in dem sehr natürlichen Bedürfniß begründet sei, daß die Ständeversammlung, wenn sie zusammengekommen ist, besonders dringende Wünsche oder was sonst ihr Herz bedrückt, vor den Thron bringen könne. Das Verfahren in den beiden Ständeversammlungen der Herzogthümer stimmt in dieser Hinsicht mit den in andern constitutionellen Staaten überein. Se. Maj. unser jetzt regierender Landesherr sowohl, als sein verewigter Vorgänger in der Regierung haben Adressen angenommen, sie haben Antworten auf dieselben ertheilt, und ist dadurch thatsächlich anerkannt, daß die Erlasung von Adressen legal sei. Ob der König die Adress annehmen will, oder nicht, darüber kann ich keine Meinung oder Ansicht haben, daß dies aber von dem kgl. Commissair abhängen soll, kann ich nicht zugeben, da derselbe sich nach seiner Instruktion zu verhalten haben wird. Wie aber die Sache in diesem Augenblicke liegt, habe ich nichts weiter zu bemerken, und fordere ich daher, wenn Keiner aus der Versammlung das Wort hierüber zu nehmen wünscht, den Herrn Abgeordneten für den 6. städtischen Wahldistrikt auf, nunmehr seinen Antrag zu motiviren.

Schleswig-Holstein, 28. October. (Nord. Bl.) Man vermuthet, daß am 30sten d. M., dem Geburtstage der Prinzessin Auguste zu Hessen-Cassel, Tochter des Landgrafen Wilhelm in Kopenhagen, die Verlobung derselben mit dem Kronprinzen declarirt werden wird. Es ist in diesen Tagen durch die ganze Armee auf jenen Tag als Parole das Wort „Auguste" und als Feldgeschrei „Charlottenlund" (wo der Landgraf Wilhelm residirt), verkündet. Sonst wird Parole und Feldgeschrei stets für einen Monat zum 1sten des Monats bestimmt. Allerdings aber ist auch früher oft als Aufmerksamkeit gegen eine Persönlichkeit eine solche Ausnahme für einen Tag gemacht worden, weshalb wir denn die Richtigkeit der Vermuthung in keiner Weise verbürgen können.

Oesterreich.

†† Aus Ungarn, 30. Oct. — Auch in unserem Lande vernimmt man viele Klagen über Noth und Mangel, die besonders in den Gebirgskomitaten herrschen. In unsern fruchtbaren Ebenen war die Erndte zwar ziemlich ergiebig, und es haben dieselben — besonders da es dort noch nicht an alten Beständen fehlte — auch ein nicht unbedeutendes Quantum abzugeben. Es genügt dies aber nicht für die lebhafte Nachfrage, und man darf sich daher nicht wundern, wenn die Preise hoch bleiben. — Aus Siebenbürgen meldet man, daß die Aufregung unter den dasigen Wallachen sehr groß sei, und daß, wenn sie auch in einer Gegend unterdrückt ist, sie in einer andern immer wieder ausbricht. Der dortige Landtag hat hier eine wichtige Aufgabe zu lösen, indem er vor allen Dingen eine Milderung des Unterthanen-Verhältnisses eintreten lassen muß. Sollte er hier aber nicht den rechten Weg und die geeignetsten Mittel treffen, so könnte sich in jenem Lande eine Katastrophe vorbereiten, die im höchsten Grade traurig ausfallen dürfte. Die Sklaven könnten gewaltsam ihre Ketten brechen. Daß confessionelle Spannungen hierbei den Anstoß geben, das kann man als eine Aeußerung des Zeitgeistes ansehen.

Prag, 21. Oct. (A. Z.) Seit einigen Tagen hat die entente cordiale zwischen dem größten Theil unserer Schumachermeister und ihren Gesellen aufgehört; diese verweigern die Arbeit, weil die Meister ihnen die bisher gegen täglichen Entgelt von 5 bis 6 kr. verabreichte Kost nicht mehr geben, sondern lieber den Lohn vergrößern wollen, sowohl wegen der steigenden Theuerung als weil die Gesellen am Sonntag, Montag und halben Dienstag nicht arbeiten. Diese aber meinen, daß es ihren Meistern gut genug gehe, daß sie auf ziemlich großem Fuß leben etc. Man hofft, daß die besagte Differenz, über welche jetzt der Magistrat verhandelt, die Ruhe Europa's nicht erschüttern werde. — Gestern wurde unsere Eisenbahn zum erstenmal zu einem Selbstmord mißbraucht. Der um 10 Uhr hier angelangte Zug überfuhr unweit des untersten Wechsels des Bahnhofs einen Mann, der wahrscheinlich von den Bahnräumern eine bedeutende Strecke weit fortgeschleppt wurde, ehe die Locomotive über ihn ging. Der Unglückliche war ein aus Sachsen gebürtiger, kurz vorher aus einer Fabrik entlassener Arbeiter.

Dänemark.

Kopenhagen, 24. Octbr. — Das dänische Blatt „Fädreland", bekanntlich das Organ der nationalen Partei in Dänemark, hat in mehreren Artikeln den Bundestagsbeschluß in der schlesw.-holst. Frage besprochen, im 3ten vorzugsweise die Beziehung zum Herzogthum Schleswig. Es mißbilligt es sehr, daß der Behauptung der deutschen Presse, der holstein-lauenburgische Gesandte Pechlin habe gar nicht den bekannten in französischen Zeitungen mitgetheilten Protest eingelegt, nicht nur wohlunterrichteter Feder widersprochen sei; unmöglich könne man annehmen, meint „Fädreland", daß „die deutschen Regierungen und Staatsmänner, hingerissen von der nationalen Bewegung, vertieft in gelehrte Untersuchungen, betäubt vom Lärm und geblendet durch die Dreistigkeit und Heftigkeit der Gegner, ihre eigenen Präcedentien vergessen oder die Consequenzen, die eine solche Politik habe, übersehen haben sollten." „Fädreland" legt schließlich seinerseits jenen Protest ein, „im Namen der Nation." Die Erklärung lautet so: „Jeder Versuch von Seiten des deutschen Bundes sich in Schleswigs Angelegenheiten zu mischen, ist ein Angriff auf die Selbstständigkeit und Ehre Dänemarks; jeder Wunsch der Einverleibung Schleswigs in den deutschen Bund ist eine Kränkung der dänischen Staatshoheit und die Aeußerung des Wunsches von Seiten eines Unterthanen Staatsverrath; kein dänischer König darf freiwillig die Verwirklichung eines solchen Wunsches einräumen, ohne das Staatsgrundgesetz, worauf sein Regierungsrecht beruht, zu brechen; das dänische Volk endlich ist bereit seinen letzten Schilling und seinen letzten Blutstropfen zu opfern, ehe ein einziger Fuß breit Landes von dem „kleinen" dänischen Reich, der noch von der Vorzeit Glanz und Herrlichkeit übrig geblieben ist, ihm mit Macht abgezwungen, um nicht zu sagen im tiefsten Frieden „entwendet" werden sollte." — Diese Erklärung ist als Programm der Nationalisten in Dänemark mit Beziehung auf Schleswig anzusehen, und es ist bemerkenswerth, daß die Nummer des „Fädreland", die die Erklärung enthält, nicht der Beschlagnahme unterzogen ist; man darf daraus wohl schließen, daß die Regierung den Ansichten der Nationalisten Beifall schenkt.

Frankreich.

Paris, 28. October. — Die Jahresfeier des 29sten October soll uns (versichert der Esprit public) zu der Ernennung Guizot's zum Conseil-Präsidenten noch einige andere Personalveränderungen bringen, damit die Solidität und Einhelligkeit des Kabinets vollständig werde. Passy wird an die Stelle des Finanzministers, Hebert an die Stelle des Justizministers und Rossi an Salvandy's, des Unterrichtsministers, Stelle treten. Auch der Kriegsminister Moline de St. Yon soll geopfert werden, „weil er zu viel Seelenadel und Gewissensscrupel besitze." Passy's Persönlichkeit ist zwar bei Hofe nicht gern gesehen, doch will man ihn von sonstigen Coalitionen abhalten. Ueber Hebert ist man vollständig im Reinen; er ist das Schooßkind seiner beiden Gönner. In Bezug auf Rossi scheint die Sache delikater; er ist nützlich, aber fein. Herr Guizot schein

ihn mehr zu fürchten als zu lieben. „Dieser Italiener — soll sich der König im Vertrauen geäußert haben — könnte wohl mein Mazarin sein.“ Auch der Minister des Innern, Graf Duchatel, soll ersetzt werden. Durch wen? ist noch unbestimmt.

Der Phare des Pyrénées berichtet, daß der Herzog von Aumale und der Herzog v. Montpensier dem Patriarchen der Indien ein mit Diamanten und Amethysten ganz bedecktes Pastoralkreuz zum Geschenke gemacht haben.

Die drei Madrider Posten vom 20., 21. und 22. Oct. sind angekommen; sie bringen eine ganze Reihe interessanter Nachrichten aus Portugal. (Wir haben dieselben größtentheils schon gestern mitgetheilt.)

Es verbreitet sich hier die Nachricht, Donna Maria habe, nachdem sie gesehen, daß ihre Proklamationen vergeblich und fernerer Widerstand ihrer Truppen unmöglich, zu Gunsten ihres Sohnes Pedro V. abgedankt und sich an Bord eines englischen (?) Schiffs zurückgezogen (s. d. „Letzten Nachrichten“).

Die Abreise unseres Bey — heißt es in einem langen Briefe aus Tunis — erregt hier allgemeine Bestürzung. Die sonderbarsten Gerüchte sind darüber im Umlauf. Die Einen sagen, der Bey, obgleich kaum vierzig Jahre alt, sei bei seinem Hange zum Wohlleben und der Verschwendung entschlossen, sein ganzes Land in die Hände Frankreichs zu spielen und sich von der Regentschaft zurückzuziehen. Die Anderen sagen, er wolle in Person eine Staatsanleihe von 30 bis 40 Millionen versuchen, die zweien seiner Agenten weder in Paris noch in London gelungen: kurz, darüber ist alle Welt einig, daß diese Reise zu den hirnverrücktesten Streichen dieses Regenten gehöre. — Der Bey hat an Bord bedeutende Geschenke.

Der Kaiser von China hat verordnet, daß in den fünf Häfen, welche den Europäern zum freien Handel geöffnet worden sind, Börsen mit Wechselagenten eingerichtet werden sollen.

Großbritannien.

London, 27. Octbr. — Auf eine dem Premierminister aus Pollockshaws zugekommene Denkschrift wegen Freigebung der Getreideeinfuhr und Verbotes der Branntweinbrennerei aus Getreide, hat derselbe folgende Antwort ertheilt: „Lord John Russell fühlt es lebhaft, wie schwer die jetzige Calamität, welche das fast gänzliche Fehlschlagen der Kartoffelernte herbeigeführt hat, auf den ärmeren Classen und in dem vereinigten Königreiche lastet; aber er hält sich überzeugt, daß die Maßregeln, welche die Regierung ergreifen wird, und die Anstrengungen der Grundeigenthümer auf ihren eigenen Besitzungen wesentlich zur Milderung des Elends beitragen werden. Es ist nicht die Absicht der Regierung, die Branntweinbrennerei aus Getreide zu verhindern.“ — Der Standard, der bekanntlich schon seit langer Zeit die Einberufung des vorläufig bis zum 4. Novbr. prorogirten Parlaments im nächsten Monate in Aussicht gestellt hat, behauptet jetzt, daß die Minister wahrscheinlich morgen (Lord John Russell giebt ein großes Cabinetsdiner) zum definitiven Beschluß darüber kommen werden, ob das Parlament demnächst einberufen werden solle oder nicht; ja es geht so weit zu behaupten, daß das Ministerium sich entweder über die Einberufung des Parlaments vereinigen oder sich auflösen werde, da schon seit langer Zeit großer Mangel an Uebereinstimmung der Ansichten unter den verschiedenen Cabinetsmitgliedern herrsche. In Irland sind bereits 83,000 Arbeiter angestellt worden; dieselben erhalten 10 d. täglich. — Die Dampfschiff-Gesellschaft, deren Eigenthum der „Great Britain“ ist, hat mit einem Amerikaner, Namens Mackintosh, der bedeutende mechanische Talente besitzen soll, eine Uebereinkunft abgeschlossen, derzufolge Letzterer es übernimmt, das in der Dumdrum-Bucht liegende Dampfschiff flott zu machen. Die Lage des Schiffes soll sich durch die heftigen Stürme, welche in voriger Woche an der irischen Küste wütheten, nicht wesentlich verschlimmert haben.

Prinz Louis Napoleon befindet sich fortwährend in Bedfort-Hotel zu Brighton und wird auch noch einige Tage daselbst verweilen. Zu seiner beabsichtigten Reise nach Italien hat er den erforderlichen Paß nicht erhalten können.

Der National-Verein der verbundenen Arbeiter, dessen Vorsitz das chartistische Parlamentsmitglied für Finsbury, Hr. Duncombe, ist in stetem Fortschreiten begriffen. Laut dem eben erschienenen Bericht der Directoren über das am 17. v. M. endende Quartal zählt die Gesellschaft an 50,000 Mitglieder aus den verschiedensten Arbeitszweigen und aus allen Theilen Großbritanniens. Die wöchentliche Einnahme war in diesem Quartal durchschnittlich 100 Pf. St. Der Verein ist während der letzten Monate mehrere Male in den Fall gekommen, in Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern in den Provinzen als Vermittler aufzutreten und es ist ihm fast immer gelungen, die streitenden Parteien auszusöhnen und eine Arbeitseinstellung zu hindern. Wo der Verein dies nicht konnte, da ließ er die Arbeiter aus seinen Fonds beschäftigen, womit dem argen Nachtheil der bisherigen Arbeitseinstellungen, dem zu Gewaltthätigkeiten und zu anderweitiger Erbitterung führenden Müßiggang der Arbeiter am Besten abgeholfen wird, während zugleich auch die Gelder des Vereins nicht unnütz aufgezehrt werden.

Auch in Irland haben große Ueberschwemmungen stattgefunden.

(Rh. B.) Diese Woche hat der Bischof von London seine vierjährige Rede an seine Geistlichkeit gehalten. Man nennt dieses des Bischofs Visitation. Sie wird in der Domkirche gehalten und die sämmtliche Geistlichkeit des Bezirks muß zugegen sein. In andern Sprengeln findet dieselbe alle 3 Jahre statt. Der Prälat verbreitet sich bei solchen Gelegenheiten, wie in einem Hirtenbrief zu geschehen pflegt, über die Gegenstände, welche gerade die Kirche am meisten beschäftigen. Der Bischof sprach sich diesmal besonders gegen die noch immer in der Kirche herrschenden romanisirenden Tendenzen aus, und bestätigte sogar in einem bedeutsamen Wink den Verdacht, als gäbe es unter den Geistlichen heimliche Katholiken, welche aber höheren Ortes Erlaubniß oder gar den Auftrag erhalten, in ihrer bisherigen Kirche noch eine Zeit lang zu verharren, um deren Grundvesten zu Gunsten Roms zu untergraben. Dieses brachte er besonders mit einem Verein in Verbindung, der neulich unter Geistlichen und Laien gebildet worden, und alle Merkmale einer römischen Bruderschaft an sich hat; auch ganz darauf berechnet ist, die Römlinge oder doch romanisirenden Mitglieder mit einander bekannt zu machen. Da dieses Hervorheben einer so verdächtigen Verbrüderung auch wieder mit einigen neuen Uebergängen zum Papstthume zusammentrifft, unter andern auch eines Studenten von Cambridge, mit Hülfe und Vorschub seiner geistlichen Universitätslehrer, so steht eine neue und viel größere Gegenbewegung des protestantischen Elementes in der Kirche zu erwarten, welche zu sehr entscheidenden Folgen führen muß.

Nach den Times vom 26. Octbr. hat die französische Regierung am 23. Octbr. folgende vom Tag zuvor datirte telegraphische Depesche aus Marseille erhalten: „Der Steamer „Volcan“ ist mit der indischen Post (aus Calcutta) eingetroffen. Die Mißhelligkeiten zwischen der Regierung zu Lahore und dem Häuptling von Multan standen auf dem Punkte, durch brittische Vermittelung friedlich ausgeglichen zu werden. Nach dem Wortinhalt des mit diesem Chef abgeschlossenen Vertrags wird derselbe 180,000 Pfd. St. als eine Gabe erlegen. — Scinde war forwährend durch die Cholera bedrängt; auch wird über große Theurung geklagt. Die Nachrichten aus Calcutta sind vom 7. Septbr. Lall Singh soll ermordet worden sein. (Spätere Berichte aus Bombay vom 15. Septbr., die fast gleichzeitig über Triest und Marseille gekommen sind, erklären das Gerücht für grundlos.) Es hieß, die englischen Truppen würden Lahore im October räumen, jedoch während der Dauer der Dusserahfeste ein Lager um die Stadt her beziehen. Die allgemeine Meinung war, die Umstände seien der Art, daß es unräthlich erscheine, Lahore von brittischen Truppen zu entblößen.“ — (Mit dem englischen Dampfboot „Ardent“ ist am 26. October eine neue ostindische Post aus Bombay 1. October zu Triest eingelaufen; ein harrender Courier eilte sogleich mit dem Regierungsfelleisen weiter nach London. Der Dämpfer brauchte von Alexandria bis Triest 133 Stunden. Die Berichte aus Bombay sind ohne politische Bedeutung.)

Niederlande.

Aus dem Haag, 26. Octbr. — Das Journal de la Haye enthält in seinem heutigen Blatte einen offenbar halbofficiellen Artikel über die Haltung des Königs der Niederlande in der spanischen Vermählungs-Frage. Der Artikel knüpft sich an eine (vom Journal des Débats aufgenommene) Behauptung der Times, der zufolge der König, über seinen wenig zuvorkommenden Empfang bei der Königin von England im vorigen Jahre aufgebracht, seine Freude über den von dem Könige der Franzosen der brittischen Eitelkeit gespielten „Streich“ durchaus nicht verhehle. Das Journal de la Haye erklärt diese Behauptung für eine Abgeschmacktheit und beruft sich auf die Erwähnung der Reise des Königs nach England in der vorletzten Thronrede, um darzuthun, einen wie günstigen Eindruck der ihm von Seiten der Königin zu Theil gewordene Empfang auf ihn gemacht habe. Was übrigens die spanische Heirath-Frage betreffe, so sei es dem Könige um so leichter, sich auf dem Gebiete der strengsten Neutralität zu halten, da die Sache die Interessen Hollands in keiner Weise berühre. Welche politische Ereignisse dieser Vermählung möglicherweise ihre Entstehung verdanken würden, liege im Schooße der Zukunft verborgen, jedenfalls sei gegenwärtig nichts vorhanden, was die Niederlande berühren könne, und so vermöge diese Heirath ihnen für jetzt weder Freude noch Mißvergnügen zu erregen.

Amsterdam. In der letzten Sitzung der General-Staaten wurde zum erstenmal die Adresse auf die Thronrede Gegenstand einer längeren Debatte, da die Opposition ein Amendement in ihrem Sinne zu dem Entwurfe der Commission vorschlug. Dasselbe wurde jedoch mit 32 gegen 14 Stimmen verworfen und der Entwurf hierauf mit 42 gegen 2 Stimmen genehmigt.

Belgien.

Brüssel, 27. Oct. — Das Gerücht verbreitet sich allgemein in Luxemburg, daß Monsignore Laurent, apostolischer Vicar, bald die kirchliche Verwaltung des Großherzogthums aufgeben wird. In der Schule der hohen Geistlichkeit Belgiens erzogen, hat er versucht, in Luxemburg die Grundsätze und Anmaßungen unserer Bischöfe zur Geltung zu bringen. Er wollte, in Bezug auf den Unterricht, die Civilbehörde zur Sclavin der geistlichen Autorität machen. Er hat sich, auf der Kanzel, zu der leidenschaftlichsten Declamation für die Jesuiten und gegen die sogenannten „Philosophen“ hinreißen lassen. Er hat endlich versucht, die niedrige Geistlichkeit zu einem Werkzeuge der Angeberei herabzuwürdigen. Allein, da er bemerkt, daß er sowohl dem Volke als einem Theile der Geistlichkeit verhaßt und mit der Regierung in Widerspruch ist, so denkt er jetzt an den Rückzug.

Italien.

Pius IX.

†† Noch immer ist es der Artikel Rom, den die Leser in den Zeitungen mit freudiger Erwartung aufsuchen, und, Gott sei Dank, sie finden sich bis jetzt auch noch nicht getäuscht. Denn fast jedes Blatt bringt uns die Nachricht von neuen wohlthätigen Einrichtungen, die der heilige Vater getroffen, von neuen Plänen, die er zum Wohle seines Volks ins Werk zu setzen gedenkt. Er ist eine ordentliche historische Abnormität, dieser römische Papst! Wollten wir früher einen Ausdruck für das starre, eigensinnige Festhalten an dem Bestehenden, an dem Alten, dem geschichtlich Ueberkommenen, so wandten wir uns an Rom und den Papst. Waren wir in Verlegenheit um ein Muster eines schlecht regirten, heruntergekommenen Gemeinwesens, so richtete sich unser Auge zuerst nach dem Kirchenstaate. Trugen unsere deutschen Romantiker einmal Verlangen, der Prosa des wohlpolizirten deutschen Lebens den Rücken zu wenden und ihre erschlaffte Phantasie durch ein Stück faustrechtliches Mittelalter zu neuen Mißgeburten anzureizen, so begaben sie sich in das Land der faullenzenden Mönche, des Lumpengesindels, der spitzen Messer — sie gingen über die Alpen nach der „ewigen“ Stadt. Und nun ist das mit einmal ganz anders geworden. Rom ist das Schiboleth der Fortschrittsmänner, die Gestaltungs- und Werdelust im Kirchenstaate, das Beispiel, auf das von allen, die unsere Zustände reformiren wollen, mit wiederholter Dringlichkeit hingewiesen wird, um so mehr, als grade in der letzten Zeit diesseits der Alpen die politische Reaktion nicht ohne Erfolg thätig gewesen. Es mußte für manchen Staatsmann, der eben, mit Berufung auf das Princip des patriarchalischen Katholizismus, die Verwaltung in neue Bahnen des Rückschritts einzulenken angefangen, wie ein Schlag aus heiterem Himmel kommen, daß dieses Princip da, wo es sonst am consequentesten durchgeführt zu finden, sich selbst untreu, in die verhaßte Theorie der Volksberechtigung umgeschlagen war. — Vor Allem sieht man bei dieser Gelegenheit wieder, wie ungerecht der Vorwurf ist, den man der liberalen Partei in Deutschland macht, daß sie, ausgeartet zur systematischen Opposition gegen die Macht gegen das Bestehende, eben weil es besteht — wie es noch jüngst das Programm zur „Deutschen Ztg.“ aussprach — niemals eine weise Maßregel der Regierung anerkenne. Grade diese so vielfach verketzerte Partei ist es gewesen, die dem Auftreten des Papstes zugejauchzt, während die Ultramontanen und die Orthodoxie überhaupt, die man auch wohl für das Nestküchlein der auf das Christenthum sich stützenden Regierungen hält, mit verkniffenem Munde dasaß und nur Schandehalber hier und dort mit dem besorgten Haupte nickte. Daß die Liberalen genügsam sind, sollte man nun wohl endlich begriffen haben. Das Wort, welches ein badischer Oppositionsmann in der Kammer sprach: „Setzet das josephinische Princip auf den Thron, und die Opposition wird ministeriell“ — dieses Wort gilt von der ganzen Partei. Sie sind — das ist unsere Meinung — sogar zu verschwenderisch mit ihrem Beifall, zu exaltirt in ihrer Freude über eine freisinnige Regierungsmaßregel. Wir sehen das auch wieder an ihrer Haltung dem Papste gegenüber. Wer besonnen das Verhältniß zwischen Pius IX., dem Kirchenstaate und der katholischen Welt ins Auge faßt, kann sich einer wehmüthigen Besorgniß nicht erwehren. Das Stückchen Geschichte, was sich bis jetzt um Pius herum abgewickelt, ist dem tiefer Blickenden nur der Anfang einer Tragödie. Es kommt im Verfolg seines Wirkens nothwendig ein Moment, wo er mit seinem eigenen Princip in Conflikt geräth. An ein Erlahmen seiner Thatkraft glauben wir nicht. Wir nehmen nicht an, daß die von ihm vorgenommenen Reformen das Ergebniß jener bewegten Stimmung sind, mit welcher die Herrscher den Thron besteigen. Wir glauben, der Papst meine es ernst und aufrichtig mit dem Fortschritt. Aber eben deswegen bangt uns für ihn, für sein Wirken. Er hat all' die Tausende von eingesargten Hoffnungen eines schwer bedrückten Volkes aus dem Grabe

hervorgerufen. Diese wollen verwirklicht, verkörpert werden. Bis jetzt hat er's versucht und es ist ihm theilweise gelungen. Aber wie lange wird's dauern bis das Princip, welches ihm die dreifache Krone gereicht, vor ihn hintritt und spricht: Bis hieher und nicht weiter! Wir lesen schon jetzt, daß Pius IX. als Freischärlerpapst, als Carbonari bei der Masse verdächtigt wird. Es gehört eine übermenschliche Kraft dazu, diesem Bundesheer von Verstandeslosigkeit, Intriguen geistlicher und weltlicher Selbstsucht, das durch Jahrhunderte sich in Rom gebildet und aus allen Theilen der Erde Succurs erhält, mit Erfolg die Stirne zu bieten. Geben wir uns immer der Freude hin über das mannhafte Auftreten des Papstes, aber beobachten wir auch die Mäßigung, daß uns einst die Kunde von der Endschaft der Reformen in dem Reiche des Dreimalgekrönten nicht überrascht. Was Gott verhüten wolle!

Miscellen.

† Unser unstäter liebenswürdiger Landsmann, Carl v. Holtei, welcher seit einiger Zeit in Dresden weilt, hat daselbst eben einen Cyclus dramatischer Vorlesungen geschlossen, welche ein sehr zahlreiches Publikum auf die anziehendste Weise unterhalten haben. Die lebendige und eigenthümliche, in Breslau wohlbekannte Vorlesungsweise des schlesischen Dichters par excellence errang sich allgemeinen Beifall, und besiegte ein gewisses Vorurtheil, welches nach Dr. Schmieder's Behauptung wunderbarer Weise in Dresden, dem langjährigen Aufenthaltsorte Ludwig Tiecks, gegen das Vorlesen dramatischer Werke überhaupt vorgewaltet haben soll. Wie bei uns, machten minder bekannte Dramen von Shakespeare und kleine dramatische Liederscherze von Holtei's eigener Composition den künstlerischen Vorwurf seiner „Lese-Abende" aus. Behufs einer richtigen Auffassung und Würdigung derselben wurde in Dresdener Blättern wiederholt auf „Holtei's vierzig Jahre" als auf eine der an sich interessantesten Autobiographien neuerer Zeit hingewiesen.

Die Mainzer Ztg. enthält folgende Erklärung ihres verantwortlichen Redakteurs, Hrn. Th. v. Zabern: „Die Mainzer Zeitung brachte die Antwort des Hrn. Hofraths Dahlmann auf eine Aufforderung zur Theilnahme an der „Deutschen Zeitung." Der Hr. Geh. Regierungsrath Pertz hat mich öffentlich aufgefordert, mich über die Berechtigung zu diesem Abdrucke „durch Nennung des Einsenders" auszuweisen, wenn ich den Verdacht der Theilnahme an einer Veruntreuung ablehnen wolle. Hierauf dient Folgendes: Gegen Ende Septembers erhielt ich durch Jemand eine Abschrift der Dahlmann'schen Erklärung, mit der Aufforderung zum Abdrucke in der Zeitung. Dieser Jemand lehnte aber mein Verlangen ab, entweder auf Befragen sich nennen zu lassen oder mir die Versicherung zu geben, daß Hr. Dahlmann nichts gegen den Abdruck zu erinnern habe. Auf diese Ablehnung hin unterblieb der Abdruck, und ich erzählte diesen Vorfall gelegentlich in Frankfurt, zur Zeit der Germanistenversammlung, meinem Schwiegervater, dem Geh. Staatsrath Jaup. Dieser sagte mir später, Hr. Hofrath Dahlmann, welchen er mündlich hiervon benachrichtiget, habe sich über jenen Vorfall verwundert und zugleich erwiedert, daß er keinen Grund habe, einen solchen Abdruck zu veranlassen, aber auch keinen Grund, denselben verhindern zu wollen. Hiernach mußte ich die, meine frühere Ablehnung motivirende Rücksicht auf den verehrten Verfasser der Antwort für erledigt halten; und der Herr Geh. Regierungsrath Pertz wird erkennen, daß er sich übereilt hat, indem er Verdacht der Theilnahme an einer Veruntreuung gegen mich ausgesprochen hat."

Prag, 21. Oct. — In dem Kreise unserer Literaten erregen jetzt die czechischen Gedichte einer in Diensten stehenden, einige zwanzig Jahre alten Bürgerstochter, Anna Haschkowa, großes Aufsehen. Sie dichtet theils im somnambulen, theils im gesunden Zustande lyrische (besonders religiöse) und epische Poesien, die eine sehr reiche Phantasie beurkunden; ja einige enthusiastische Kritiker sagen, daß sie an Talent alle unsere czechischen Lyriker übertreffe. Besonders gelungen ist eine „Vision auf dem Wyschehrad" und ein Gedicht auf den Tod des Fürsten Benjamin Rohan. Sie ringt zum Theil noch mit der Sprache; die neuen von ihr gebildeten Wörter befremden anfangs, doch bei näherer Betrachtung sieht man, daß dieselben ganz richtig aus altböhmischen Wurzeln hergeleitet sind. Schon im sechsten Lebensjahre sollen sich bei ihr Spuren von Somnambulismus gezeigt haben, dessen Grad überhaupt nach Angabe der Aerzte ungewöhnlich ist. (A. Z.)

Aus der Grafschaft Meurs, 28. Oct. — Es kann der Regierung nur angenehm sein, wenn ihr Uebelstände bekannt gemacht werden, die, so auffallend sie sind, so leicht könnten beseitigt werden. Es wird den Recruten (ob es immer so geschehen, wissen wir nicht), wenn sie nach ihrer Bestimmung abgeführt werden, Quartier gegeben „ohne Verpflegung;" allerdings hat der größte Theil derselben einiges Geld, welches sich die Einzelnen entweder selbst verdient oder von Eltern und Verwandten erhalten haben, und sie können sich damit einige Tage recht gut selbst verpflegen. Ist es aber nothwendig, daß solches schon gleich in den ersten Tagen ihres Marsches verzehrt wird? oder wäre es nicht besser, daß sie dasselbe mit nach ihren Garnisonsstädten brächten, um sich daselbst für den Anfang, wo ihnen doch Alles schwer fällt, etwas besser einzurichten? Es giebt indessen unter den Recruten auch mehrere, die wegen Armuth nichts von Hause mitnehmen können, und wovon sollen die auf ihrem Marsche leben? Die drei Silbergroschen neun Pfennige, welche sie täglich erhalten, sind doch wahrlich nicht hinreichend, um junge und kräftige Leute in dieser brodtheuren Zeit zu ernähren! So kam in den letzten Tagen in hiesiger Gegend auf ihrem Marsche von Düsseldorf nach Wesel eine Partie Recruten zu einem Bauer und sagten: „Wir haben zwar ein Billet bekommen „„ohne Verpflegung"", haben aber nichts, wovon wir uns beköstigen können!" Wir können unmöglich glauben, daß es der Wille Sr. Majestät ist, auf solche Art den Recruten die Abreise von Hause zu erschweren. Den übrigen Soldaten wird auf ihren Märschen meistens Quartier „mit Verpflegung" gegeben, warum geschieht dies nicht auch bei den Recruten, die solches nach unserer Meinung eben so nöthig haben? Hieran reiht sich füglich ein Wunsch, der ein „allgemeiner" ist: es möge den Soldaten des stehenden Heeres so viel Sold gegeben werden, daß sie damit ihre nothwendigsten Bedürfnisse bestreiten können, damit man von unsern aus dem Militärdienste zurückkehrenden Söhnen nicht immer und immer wieder die Klagen hört: „Wenn man nichts von Haus erhält, kann man nicht damit auskommen." Es ist ja traurig, so oft zu sehen und zu hören, daß so manche Eltern sich über ihr Vermögen anstrengen, um ihren im königlichen Dienste stehenden Söhnen dann und wann einen Thaler zu schicken, und dann selbst dafür — darben. (Köln. Z.)

Paris, Im Deparement der Haut-Vienne hat sich wieder eins jener tragischen Ereignisse, wie sie durch unglückliche Liebe herbeigeführt werden, zugetragen. Ein junger Mann liebt die schöne reiche Tochter eines benachbarten Pächters; das Mädchen liebte ihn wieder, doch er war arm und die Eltern unerbittlich. Er veranlaßte nun eine Zusammenkunft mit seiner Geliebten im freien Felde, die damit schloß, daß er ein Pistol herauszog und das Mädchen erschoß. Hierauf ging er etwa 300 Schritte weiter und schoß ein zweites Pistol in seinen Mund ab. Doch er war nicht todt. Verstümmelt, wie er war, schleppte er sich nach einem eine Viertestunde entfernten See. Ein Blutpfuhl auf dem Wege zeigte, daß er mehrmals gesunken war. Allein er raffte sich auch zum zweitenmale auf, erreichte das Wasser und stürzte sich hinein.

Paris. Die Journale melden nach eine Menge Details über das Ueberschwemmungsunglück, die indessen den früheren sehr ähnlich sehen. Ein Ereigniß jedoch ist schrecklicher Art und ganz eigenthümlich. Ein junges Mädchen war ohne Hülfe und Nahrung auf dem Boden eines ganz von den Fluten umstürmten Hauses zurückgeblieben. Endlich erinnert man sich ihrer und es ist noch Zeit sie zu retten. Doch hat sie das neue Uebel, den Untergang, nur vermieden, um in ein größeres Unglück zu stürzen — sie ist wahnsinnig vor Angst geworden.

Schlesischer Nouvellen-Courier.

Breslauer Communal-Angelegenheiten.

Breslau, 3. Novbr. — (Berathung der Petitionen.) In der letzten Sitzung der Stadtverordneten wurde nach einer inhaltreichen Diskussion der Antrag an den Magistrat gerichtet, eine gemischte Commission baldigst einzuberufen, welche die Petitionen der Stadt Breslau für den neunten schlesischen Provinzial-Landtag in Berathung zu ziehen habe. Von Seiten der Stadtverordneten-Versammlung wurden als Commissions-Mitglieder die Mitglieder der Finanz-Deputation und nächst diesen die Landtags-Deputirten und deren Stellvertreter ernannt.

(Mäuseteich.) Der fischlose aber nicht geruchlose Mäuseteich, der wahrscheinlich früher durch unterirdische Wege mit dem sogenannten Graupenloche in Verbindung gestanden, soll auf Antrag des Magistrats unter Zustimmung der Polizeibehörde zugeschüttet werden. Die Versammlung gab hierzu mit Freuden ihre Zustimmung.

(Abtragung der Bohrauer Straße.) Bei Anlage der Verbindungsbahn der niederschlesisch-märkischen und oberschlesischen Eisenbahn wird die Bohrauer Straße in der Nähe des Expeditionshauses durchschnitten werden. Das Planum der Bahn wird aber niedriger als die Straße. Um eine gleiche Fläche zu erhalten, will die niederschlesisch-märkische Eisenbahn-Direction die Straße nach beiden Seiten des Expeditionshauses um circa 3 Fuß abtragen und gegen Geld-Entschädigung das gewonnene Material zur Zuschüttung des durch die Teichäcker führenden Bahndammes verwenden. Die Stadtverordneten gaben unter den vom Magistrat gesetzten Bedingungen, daß die Abtragung von der Gartenstraße ab bis zum Anfang der kleinen Loher Straße geschehe und für Entnahme des Bodens die festgesetzte Entschädigung (pro Schachtruhe 20 Sgr.) gegeben werde, ihre Zustimmung. Die Versammlung setzt jedoch voraus, daß außer der von der Direction zu bewirkenden Abtragung, alle Baulichkeiten, so wie Herstellung einer festen Fahrstraße von Seiten der Direction bewirkt werden, und zwar unter Aufsicht der Stadt-Bau-Deputation. Zugleich wurde gewünscht, daß die Straße nicht durch die ganze Breite auf einmal, sondern erst auf einer Seite der Länge nach abgestochen werden möge, damit die Passage für Fuhrwerke nicht unterbrochen werde.

(Pflasterzölle.) Auf Antrag des Magistrats hat die Versammlung darein gewilligt, daß die der Stadt noch verbliebenen Brücken- und Pflasterzölle auf ein Jahr in Selbstadministration genommen werden, um für die künftige Verpachtung einen sichern Anhalt zu gewinnen. Eben so wurde beschlossen, die Vorschläge und Berechnungen zur Feststellung der für die Unterhaltung der Brücken und Eisbrecher erforderlichen Rente zu genehmigen. Der Entwurf zu dem neuen Brückengeld-Tarif wird von der Finanz-Deputation berathen werden.

(Leih-Amt.) Auf den Beschluß der Stadtverordneten vom 23. April, den Zinsfuß von Leih-Amts-Darlehnen zu ermäßigen, hat der Magistrat ebenfalls eine Ermittelung des Sachverhältnisses vorgenommen und in Folge des Ergebnisses nicht für die Ermäßigung gestimmt, weil die Kämmerei, wenn die proponirte Maßregel in Ausführung gebracht würde, einen Zuschuß von circa 900 Thalern geben müßte. Unter Anderem hob der Magistrat hervor, daß der in dem Bericht der Stadtverordneten vorausgesetzte mehrmalige Umschwung eines Theils des Betriebskapitals irrthümlich sei, daß ferner nicht mehr zu 4 pCt. die Betriebskapitalien zu beschaffen seien, daß ferner das Leihamt jetzt eines größeren, mithin theureren Lokals und vermehrter Arbeitskräfte bedürfe. Aus allen diesen Gründen sei eine Herabsetzung des Zinsfußes nicht anzurathen. Die Versammlung gab diesen, nochmals durch eine Commission erwogenen Gründen nach und beschloß, die Ausführung der Ermäßigung des Zinsfußes aufzugeben.

Tagesgeschichte.

Breslau. (Amtsbl.) Des Herrn Justiz-Ministers Excellenz hat sich in Betreff der Fassung von Straferkenntnissen auf Ausstoßung aus dem Soldatenstande, auf Veranlassung eines speziellen Falles, in einem Rescripte vom 12ten v. M. dahin ausgesprochen, daß die Unfähigkeit, im Staats- oder Kommunaldienste ein Amt oder eine Ehrenstelle zu bekleiden, nach §. 42 des neuen Militär-Strafgesetzbuches als unmittelbare Folge der Ausstoßung aus dem Soldatenstande von selbst eintritt, ohne daß es einer desfallsigen Festsetzung im Erkenntnisse bedarf, daß dagegen nach §. 43 a. a. O. Nr. 3 in solchem Falle ausdrücklich auf „Verlust aller Ehrenrechte" zu erkennen ist.

Der Kaufmann Moritz Sachs zu Strehlen hat aufgehört, Agent der Kölner Feuer-Versicherungs-Gesellschaft zu sein.

** Breslau, 2. November. — (Wissenschaftliches.) Der beginnende Winter regt vielfach die Frage nach den etwa zu erwartenden öffentlichen Vorlesungen wissenschaftlichen Inhalts, wofür sich bereits seit Jahren hier viel Theilnahme gezeigt hat, an. Es wird nicht unwillkommen sein, zusammengestellt zu sehen, was man in dieser Hinsicht bisher erfahren. Zunächst dies, daß der früher hier thätige wissenschaftliche Verein seine Unternehmungen nicht fortzusetzen gedenkt, indem mehr und mehr die Ansicht überhand nimmt, daß eine Reihe von Vorträgen, die dem Inhalte nach mit einander zusammenhängen, einer solchen vorzuziehen sei, bei welcher der einzelne Vortrag ein in sich abgeschlossenes Ganze bildet. Der Zeitraum von anderthalb Stunden erscheint zu kurz um den Wissenstrieb zu befriedigen, nur genügend, das Interesse an irgend einem Stoffe anzuregen. Mehre Mitglieder des Vereins werden daher selbstständige öffentliche Collegia für Herren und Damen halten. Herr Prof. Dr. Nees von Esenbeck will ein botanisches, oder vielmehr naturphilosophisches, Herr Prof. Dr. Röpell ein historisches Collegium für das größere Publikum lesen. Die Herren DD. Braniß und Purkinje beabsichtigen, wie man vernimmt, ebenfalls die Einrichtung solcher Collegia aus dem Gebiete ihrer Wissenschaften. Hierzu treten nun noch die physikalischen Vorlesungen des Hrn. Dr. Marbach. Es wird also für das wissenschaftliche Interesse des Publikums auf mannigfache Weise gesorgt sein.

Das Ministerium des Innern hat nunmehr auch die Errichtung einer Flachs-Bau-Schule zu Ober-Langenau im Kreise Habelschwerdt genehmigt, und diese, wie die bereits zu Klopschen bestehende Flachsbauschule unter die specielle Leitung des landwirthschaftlichen Central-Vereins für Schlesien gestellt.

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 258 der privilegirten Schlesischen Zeitung.

Mittwoch den 4. November 1846.

* Breslau, 1. Nov. — Die heutige Monatsversammlung des hiesigen Vereines gegen das Branntweintrinken wurde als die 25ste mit freudigem Gebete zu dem begonnen, der das einige Zusammenwirken schwacher Kräfte unverkennbar reichlich gesegnet hat, und Herr Diakonus Weiß wies in einer Ansprache die Enthaltsamkeitssache als eine Reform des Lebens nach, insofern dieselbe den Irrthum, daß der Branntwein ein Nahrungs- und Stärkungsmittel sei, erfolgreich bekämpfe, dagegen die Wahrheit, daß er ein Erregungsmittel und Gift sei, mit schlagenden Gründen der Wissenschaft und Erfahrung verbreite, die Kräfte, die sich auf dem Enthaltsamkeitsgebiete regen, auf den Glauben an Gott und an die Besserungsfähigkeit der menschlichen Natur begründe und durch die preiswürdigen Erfolge Zeugniß ablege von dem Segen, welchen sie bereits gebracht hat. 15 Personen legten nun das Versprechen der Enthaltsamkeit ab und wurden durch Handschlag und unter Gesang eines vierstimmigen Bundesliedes in den Verein aufgenommen. Hierauf berichtete Herr Maschinenbauer Schwanitz aus Berlin über die wissenschaftlichen Experimente, die Hr. Prof. Dr. Kranichfeld in Berlin an Pflanzen wie Thieren mit dem Branntwein gemacht hatte, woraus die Schädlichkeit des Branntweines überzeugend klar wurde. Kleine Thiere nämlich, die von einer gewissen Quantität Bier oder Wein trunken wurden, aber gesund blieben, starben an der gleichen Quantität Branntwein. Eiweiß löste sich in Wasser, Bier, Wein auf, aber im Branntwein nicht, wodurch das Vorurtheil schlagend widerlegt ist, daß Branntwein die Verdauung befördere. Noch erwähnte Herr Schwanitz des schrecklichen Endes eines Branntweinsäufers, dessen Leber durch den Branntwein vom Krebs zerfressen und so groß geworden war, daß sie mehr als das Doppelte einer gesunden Leber, nämlich über 11 Pfd. wog, und dessen Magenmund lediglich in Folge des Branntweintrinkens so verengt war, daß keine Speisen hindurch gehen konnten und der Unglückliche eines grauenvollen Hungertodes nach Monate langen schweren Leiden sterben mußte. Herr Rektor Roßteutscher ermunterte zur Ausdauer, indem er das Wort des Evangeliums: „Die Wahrheit wird euch frei machen", auf den Verein anwendete. Hierauf nahm Prediger Kutta das Wort, theilte mit, daß vor nicht gar langer Zeit in Breslau ein 10jähriger Knabe und ein 16jähriger Lehrling in Folge starken Branntweingenusses fast den Tod erlitten hätten, wenn nicht rechtzeitige Hülfe erschienen wäre, gab Bericht über den Ausfall der Wahl des neuen Vorstandes, der aus den Herren Berndt, Senior bei St. Maria Magdalena, Brandau, Pensionair, Knoll, Gold- und Silber-Arbeiter, Kutta, Prediger bei St. Barbara, Stranz, Nagelschmidtmeister, Weiß, Diakonus bei St. Maria Magdalena, und Zeeb, Glasermeister, besteht. Das Amt des Vorstehers des Vereins wurde wieder in die Hände des Predigers Kutta gelegt, an dessen Adresse alle den hiesigen Verein betreffenden Correspondenzen erbeten werden, das des Secretairs übernahm Hr. Senior Berndt, das des Schatzmeisters Herr Glasermeister Zeeb. Noch erstattete Prediger Kutta den in der October-Versammlung versprochenen Bericht über die schwedische oder Berzelius-Schreibersche Branntwein-Kur, die gewöhnlich 14 Tage bis 4 Wochen dauert und nur unter ärztlicher Behandlung an Trunkenbolden vorgenommen werden darf. In Stockholm ist sie bereits an mehr als 100 Personen angewendet worden, in Neustrelitz an 7 Personen mit gutem Erfolge, worüber der Geheim-Cammerrath F. W. Boccius in einer Broschüre Auskunft giebt: „Bericht über die Anwendung der s. g. Berzelius-Schreiberschen Branntwein-Kur in Neustrelitz. Neustrelitz. In der Hofbuchhandlung von G. Barnewitz 1846." Die Kur ist folgende: „Der Trunkenbold wird in ein Zimmer eingeschlossen, wo er alle seine Bequemlichkeiten hat. Man läßt ihn so viel trinken, als er nur will, von einem Gemische aus 2 Theilen Wasser mit einem Theile Branntwein. Er bekommt, wenn er daran gewöhnt ist, Kaffee und Thee, immer aber mit ⅓ Branntwein versetzt. Alles, was man ihm zum Essen giebt, Brot, Fleisch, Kartoffeln und Vegetabilien im Allgemeinen, wird vorher in der genannten Mischung von 2 Theilen Wasser mit einem Theile Branntwein eingemengt. Er wird dadurch in einen fortwährenden Rausch versetzt und bringt die Zeit meistens mit Schlafen zu. Nach 5 Tagen will er nichts mehr von dem so zubereiteten Essen oder Getränke genießen und flehet um reines Wasser und branntweinfreies Essen. Wenn man dann seinem Wunsche nachgiebt, so wird die Kur ohne Nutzen; sie muß so lange fortgesetzt werden, bis daß der Trinker nichts mehr von dem mit Branntwein versetzten Getränke oder Essen genießen kann. Er ist dann curirt." So lautet die Vorschrift des Herrn Dr. Schreiber. Zur Veranschaulichung dieser Kur heben wir aus dem in der angezogenen Broschüre von Dr. Brunswig beschriebenen Fällen Nr. 7 hervor. „N. N., einige 40 Jahr alt, war von jeher ein solcher Trunkenbold, daß er nunmehr ohne Schnaps keinen Tag lang leben, geschweige denn arbeiten konnte, denn als er am 6. Mai des Morgens 9 Uhr zur ärztlichen Behandlung im trunkenen Zustande (er hatte ½ Pott = $^5/_{12}$ pr. Qu. Branntwein genossen) erschien, wurde er schon am Abende desselben Tages wiederholentlich ohnmächtig, weil er zu Mittag und zum Abendessen keinen Schnaps bekommen hatte. Bestürzt kam der Wärter zu mir gelaufen und machte mir eine sehr lebhafte Schilderung von dem bedenklichen Zustande des Kranken. Ich eilte zu demselben, und, da ich die Ursache des Uebels alsbald erkannte, ergriff ich das letzte Mittel der alten Aerzte — den Branntwein, zuerst und eine tüchtige Dosis desselben heilte den Kranken auf der Stelle. Am andern Morgen nahm die Behandlung der Trunksucht nach der gewöhnlichen Weise ihren Anfang. Die bekannten Symptome, wie Schläfrigkeit, Uebelkeit, Sodbrennen, Erbrechen stellten sich successive ein. Doch erst nach Verlauf von fast 5 Wochen konnte der Kranke als nunmehr völlig geheilt entlassen werden, indem eine durch Erkältung zufällig herbeigeführte Krankheit das Aussetzen der Kur auf einige Tage erheischte. Der Kranke ist nunmehr gewiß für immer geheilt, denn schon der Gedanke an Branntwein ist ihm unangenehm. In der letzten Zeit seiner Behandlung behauptete er immer, er könne den Schnaps durch die verschlossene Thür riechen, während derselbe in dem andern Zimmer mit dem Essen vermischt werde. Ich besuchte ihn neulich bei der Arbeit. Er war sehr munter, hatte eine frische, blühende Gesichtsfarbe und erzählte mir, daß er noch jetzt den Branntwein nicht riechen könne. Er habe so eben mit seinem Kollegen gefrühstückt. Als dieser die Schnapsflasche geöffnet habe, sei er durch den ihm vom Winde zugeführten unangenehmen Branntweingeruch genöthigt worden, abseits zu gehen, um nur essen zu können." Nachdem noch einige solche Fälle vorgelesen worden waren, schloß Prediger Kutta die Versammlung, die viel Theilnahme den Berichten geschenkt hatte, mit Gebet. Die nächste Versammlung findet Sonntag den 6ten December des Nachmittages 5 Uhr im rathhäuslichen Fürstensaale statt.

Kutta.

Reichenbach. In der Sitzung der Stadtverordneten, welche am 19. October bis in die späte Abendstunde dauerte, kam unter den vielen Berathungen, besonders eine höchst wichtige, nämlich: die Hebung der Proletarier, vor. Die von Hrn. Liedke aus Berlin gegebene Darstellung eines einzurichtenden Sparsystems konnte für hiesige Gegend nicht zur Richtschnur dienen, da unsere Arbeiter ohnehin, welche unter Proletarier verstanden werden, einen solchen niedern Lohn erhalten, daß an ein Zurücklegen für benöthigte Zeiten nicht zu denken ist.

(Reichenb. W.)

---

* Hirschberg, 1. November. — Der hier bestehende Brotverein hat Veranlassung gegeben, daß für den nächsten Winter wohlfeiles Brot für die hiesigen Armen gebacken werden wird. Es sind in der Kommune gegen 20 Thlr. für diesen Zweck zusammengekommen. Der Magistrat ist bei der betreffenden Behörde eingekommen, um zu erwirken, daß das Mehl für diesen Zweck keiner Steuer unterliege. Man hofft auf Gewährung der Bitte. Der Gedanke ist vortrefflich und wird für die dürftigen Bewohner sich als sehr wohlthätig bewähren. Weniger ist man damit einverstanden, daß das Comité nicht so zusammengesetzt worden ist, daß es von jedem Einfluß der Bäcker frei geblieben wäre. Das Comité muß ungetrübt von der Kunst des Backes, wie sie von unsern Bäckern meist geübt wird, blos nach den Sätzen des gesunden Menschenverstandes verfahren. Nach diesen Forderungen muß sich der betreffende Bäcker richten, wenn das Ergebniß für die Gesellschaft ein günstiges sein soll. — Wenn sonst noch etwas aus der verflossenen Woche zu erwähnen sein sollte, so wäre es die am Mittwoch stattgefundene General-Konferenz der Lehrer des hiesigen Kreises. Auch dort hat es sich herausgestellt, daß, so unübertreflich geduldig die Schullehrer des hiesigen Kreises sind, sie doch über gewisse Dinge den Husten oder Krampf in die Fußsohlen, bekommen können. Herr Kantor Katthein aus Petersdorf, bekanntlich jener Richtung angehörend, die im alleinigen Besitz des reinen Glaubens und des wahren Christenthums zu sein vorgiebt, hatte eine Katechisation mit einigen Schülern der hiesigen ev. Stadtschule zu halten. Er stellte darin Sätze auf, welche eine allgemeine Mißbilligung der Lehrer hervorriefen, und obgleich ihn einzelne Geistliche, wie Hr. Pastor Werkentin aus Wang zu unterstützen suchten; so war der rationelle Sturm doch so stark, daß der sogenannte „wahre" Glaube eine sichtliche Niederlage erhielt, wovon er sich jedoch, da er viel gute Freunde hat, wieder erholen wird. Eine andere Katechese hatte der Hilfslehrer Jung aus Erdmannsdorf zu halten, in der, so zufrieden man sonst damit war, ein Geistlicher, wenn ich nicht irre, der obenerwähnte, den biblischen oder christlichen Geist vermissen wollte. Diese gläubigen Herren werden allerdings noch einige Wochen zu thun haben, bis sie ihren „christlichen Geist" in unserm Gebirge werden verbreitet haben. Die Vernunft lächelt zuweilen in stillen Stunden für sich, wenn sie die Bemühungen der Gläubigen par excellence betrachtet. — Den 15. Nov. findet die Installation des vierten Geistlichen statt. Es ist in Bezug darauf vielseitig der Wunsch ausgesprochen worden, daß die Vorlesung der Dokumente am Altar in einer Weise erfolgen möge, daß die Kirchgemeinde, für die sie wahrscheinlich geschieht, etwas davon verstehen kann. Heut vor acht Tagen ist dies nicht der Fall gewesen; und viele haben den Wunsch ausgesprochen, man möge die Vorlesung auf der Kanzel wiederholen, weil sie etwas von symbolischen Büchern wollen verstanden haben, aber nicht ganz.

---

† Aus der Provinz, 1. Novbr. — In vielen kleinen Städten unserer Provinz werden Kram-, Vieh- und Pferdemärkte an einem und demselben Tage zugleich abgehalten, ohne daß in den meisten dieser Städte seitens der Magisträte diejenige Ordnung eingeführt und erhalten würde, ohne welche an einem solchen Tage in einer solchen Stadt sich ein Jeder vor Unglück gar sehr zu hüten hat. Ich kann Orte namhaft machen, in denen an einem Jahrmarktstage die wenigen engen Straßen mit unordentlich aufgestellten Wagen, Pferden und Rindvieh so vollgepfropft sind, daß dieselben kein Fußgänger ohne Gefahr passiren kann, für einen Wagen aber kein Raum zum Durchfahren bleibt. Sogar auf dem Marktplatze zwischen den Marktständen ist nicht selten Vieh aufgestellt. Wer würde da nicht mit Schrecken an die Möglichkeit eines Brandes denken, der, wie 1822 in Loslau, bei solcher Gelegenheit nicht nur nicht zu dämpfen sein, sondern unendliches Unglück herbeiführen würde. Die vielen Polizeiwidrigkeiten, die an solch einem Tage in einem Orte zusammentreffen und gestattet werden, sind gar nicht aufzuzählen, die Pferde werden im schnellsten Laufe durch alle Winkel, in denen sich noch irgend ein Pferd bewegen kann, Probe geritten, Fuhrwerke werden ohne Aufsicht gelassen u. s. w. Unser hochseliger König Friedrich Wilhelm III. hat ein solches Schauspiel im Jahre 1819 ein Mal in einer Stadt persönlich erlebt und im Mißfallen darüber durch besonderen Befehl bessere Ordnung einzuführen gesucht; wie gern aber die Indolenz gewisser Behörden solchen Befehlen Hohn spricht, können wir täglich sehen. Der Bürgermeister einer solchen Stadt hat schon vor 14 Jahren durchzusetzen sich bemüht daß der Viehmarkt aus der Stadt auf eine in der Vorstadt belegene große Sandfläche verlegt würde war aber zu schwach, die Schranken zu durchbrechen, die seitens einzelner einflußreicher Schankwirthe, welche durch diese Neuerung einen Abbruch an ihrem Ausschank fürchteten, seinen Verfügungen gesetzt wurden, und so blieb dieser alte Unfug dort bis zum heutigen Tage. Jetzt, wo mit Hilfe der Presse so viel alter Sauerteig ausgefegt wird, dürfte es an der Zeit sein, die königl. hochlöbl. Regierungen, die, wie so viele Verfügungen beweisen, zum Wohle der Provinz und zum Troste aller Gutgesinnten, dergleichen öffentliche Mittheilungen gebührend würdigen, dringend zu bitten, ihr Augenmerk auf den hier besprochenen Gegenstand zu richten und dahin zu wirken, daß die Vieh- und Roßmärkte, wo sie in den kleinen Städten mit den Krammärkten an einem Tage stattfinden, nicht in den Straßen, sondern außerhalb der Städte abgehalten würden. Ich verspreche von Zeit zu Zeit diejenigen Städte namhaft zu machen, in welchen der hier zur Sprache gebrachte Unfug nicht wenigstens durch strenge Handhabung der Polizei erträglich gemacht werden sollte.

Bunzlau, 1. Nov. — Nach den sorgfältigsten Ermittelungen und Nachforschungen hat sich herausgestellt, daß man nur Wind- und nicht Erdstöße in der Nacht v. 23. zum 24. v. M. hier wahrgenommen hat.

(Sonntagsbl.)

Einwendungen gegen die Beschlüsse der General-Versammlung des schlesischen Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung.*)

Vielfach ist behauptet worden, „daß der Gustav-Adolf-Verein nicht das Recht gehabt hätte, die Zuläßigkeit eines von einem Hauptvereine gewählten Abgeordneten zu prüfen und darüber abzustimmen.**) Der §. 10 der Statuten gewähre jedem Hauptvereine das Recht, sich durch einrn Abgeordneten, welcher frei aus allen Mitgliedern des Gesammtvereins zu wählen sei, vertreten zu lassen. Dieses Recht der Hauptvereine sei durch die Abstimmung verletzt worden. Man habe übersehen, daß die Hauptversammlung nur über die Richtigkeit der ausgestellten Vollmacht, nicht über die Qualifikation des Gewählten, entscheiden dürfe."

Auffallend ist es, daß bei der Hauptversammlung von Keinem der anwesenden Juristen ein solcher Einwand erhoben wurde. Erst Mittwoch den 9ten September wurde in der Hauptversammlung von Einem der schlesischen Abgeordneten der Antrag gemacht, daß nur der absendende Verein über die Legitimation seines Deputirten zu entscheiden habe. In der, am 27sten October zu Breslau stattgefundenen General-Versammlung des schlesischen Hauptvereins wurde hierauf, und zwar auf Antrag desselben Abgeordneten, sowie mehrerer anderer Juristen beschlossen,

1) die Versammlung soll dem Centralvorstande erklären, daß nach der Ansicht des schlesischen Hauptvereins die Berliner Hauptversammlung über die Befugnisse hinaus gegangen sei, welche die Statuten überhaupt und die §§. 10 und 25 insbesondere derselben einräumen.
2) Es soll eine Declaration des §. 25 dahin bewirkt werden, daß die Prüfung der Legitimation der Abgeordneten sich nur auf die formelle Richtigkeit der Vollmacht beziehen soll.

Ich war der Einzige, welcher sich genöthigt sah, gegen beide Beschlüsse zu protestiren und kam so in die eigenthümliche Lage für die Hauptversammlung, aus welcher ich ausgeschieden war, zu stimmen.

Richtig ist es, daß nach §. 10 der Statuten jeder der Hauptvereine, oder der Vorstand desselben, seinen Abgeordneten frei aus allen Mitgliedern des Gesammtvereins wählen darf. Der Abgeordnete wird also nicht aus den Mitgliedern des Hauptvereins, sondern aus den Mitgliedern des Gesammtvereins erwählt. Einerseits ist dadurch die Gesammtheit, aus welcher der Hauptverein zu wählen hat, erweitert; andererseits aber auch beengter geworden. Erweitert um deshalb, weil nicht aus den Mitgliedern des Hauptvereins, sondern aus denen des Gesammtvereins zu wählen ist; enger dagegen, weil eben nur die Mitglieder des Gesammtvereins erwählt werden können. Wenn daher ein Verein solche aufgenommen hat, die nicht Mitglieder der evangelisch-protestantischen Kirche sind, wie Katholiken oder Juden, so könnten diese nicht gewählt werden, da der §. 1 der Statuten ausdrücklich bestimmt, daß der Gesammtverein nur eine Vereinigung der Glieder der evangelisch-protestantischen Kirche ist, und dieselben also nur Mitglieder des Hauptvereins, nicht aber des Gesammtvereins sein würden. Der Abgeordnete muß also stets der evangelisch-protestantischen Kirche angehören. Es frägt sich nun aber, wer hat darüber zu wachen, daß diese in den Statuten bestimmte Wahlbedingung erfüllt werde? Doch nicht der Hauptverein? Stände ihm dieses Recht der eigenen Bewachung zu, dann könnte er auch willkürlich, wen er wollte, wählen, könnte Katholiken, Türken und Juden in die Hauptversammlung schicken und obwohl diese nach den Statuten weder zum Gesammtverein gehören, noch zur Hauptversammlung gewählt werden können: so müßten sie doch in der Hauptversammlung angenommen werden. Hieraus ergiebt sich wohl am besten, wohin eine solche freie, unbeschränkte Wahl der Hauptvereine führen würde. Der Gesammtverein wird durch die Hauptversammlung vertreten. Diese hat vor allem darüber zu wachen, daß die Gesetze beobachtet, daß also auch die Wahlgesetze nicht überschritten werden und den Gewählten die Wahlerfordernisse zustehen.

Es ist daher ganz unrichtig, wenn man annimmt, daß sich die Berliner Hauptversammlung einen Eingriff in die Rechte des Königsberger Hauptvereins erlaubt habe. Niemals ist diesem Hauptvereine das Recht bestritten worden, frei aus allen Mitgliedern des Gesammtvereins zu wählen. Ob aber der Dr. Rupp noch als Mitglied des Gesammtvereins zu erachten, das konnte nicht nach §. 10, sondern nur nach §. 1 der Statuten beurtheilt werden und hängt von der Frage ab, ob er noch ein Glied der evangelisch-protestantischen Kirche war? Wäre er solches nicht mehr gewesen, so würde er auch nach §. 10 nicht legitimirt sein; der Königsb. Hauptverein hätte somit seine Rechte überschritten, hätte gegen die Statuten gewählt und Dr. Rupp konnte für diesen Fall allerdings nicht als Abgeordneter auftreten, sondern mußte zurückgewiesen werden.

Ob nun der Königsb. Hauptverein das Recht überschritten, das kann doch unmöglich er selbst, das kann allein die Hauptversammlung entscheiden. Diese war daher zur Entscheidung über die Legitimationsfrage, d. h. ob Dr. Rupp noch Mitglied des Gustav-Adolf-Vereins wäre und demzufolge gewählt werden konnte, vollständig berechtigt.

Eine ganz andere Frage ist, ob eine Declaration des §. 25 der Statuten zu bewirken ist, ob also durch Abänderung der Statuten festgestellt werden soll, daß die Hauptversammlung nur die formelle Richtigkeit der Vollmacht zu prüfen habe? Auch diese Frage würde ich, und zwar aus doppelten Gründen, verneinen. Schon die Vergleichung mit andern Versammlungen ergiebt, daß einer jeden solchen Versammlung das Recht zusteht, nicht blos das Document der Vollmacht, sondern auch die Legitimation der Wähler und des Gewählten zu prüfen. Es wurde in der Breslauer General-Versammlung auf die Schweiz hingewiesen und behauptet, daß die Tagessatzung jeden Abgeordneten annehmen müsse, der von seinem Canton gewählt worden sei. Dieses Beispiel ist unrichtig. Auch die Tagessatzung hat darüber zu wachen, daß die Gesandten die Erfordernisse haben, welche die allgemeinen Schweizer Gesetze von einem Tagesgesandten fordern. Gleiches kommt in allen andern Versammlungen vor. Jede Kammer, jede Ständeversammlung prüft, ob den Gewählten die gesetzlichen Erfordernisse zukommen. Auch die preußischen Stadtverordneten-Versammlungen sind nach §. 107 der Städte-Ordnung zu gleicher Prüfung berechtigt und haben schon vielfach die von den Wahlkörpern gewählten Abgeordneten wegen mangelnder Qualifikation verworfen. Die Hauptversammlung des Gustav-Adolf-Vereins muß gleiches Recht wie alle andern Versammlungen haben. Sie ist Vertreterin sämmlicher Hauptvereine, sie muß darüber wachen, daß die Statuten beobachtet u. die Abgeordneten nur nach Vorschrift der Statuten gewählt werden. Sie kann und darf nicht willkürliche Ueberschreitungen der Wahlgesetze zugeben. Wohin sollte es auch kommen, wenn den Hauptvereinen die Wahl freistände und ein solcher einen Nichtchristen wählen möchte. Die Folge hiervon würde sein, daß sämmtliche Beschlüsse der Hauptversammlung nichtig wären, denn da nur Abgeordnete der evangelisch-protestantischen Kirche gewählt werden können, so kann auch nur ein Beschluß von solchen Abgeordneten Gültigkeit haben. Es träte also somit die Inconsequenz ein, daß einerseits die nicht legitimirten Abgeordneten nicht zurückgewiesen werden könnten und daß doch andererseits, weil sie zugegen wären und mit gestimmt hätten, alle Beschlüsse nichtig wären. Ich glaube, dies ist der beste Bweeis, daß sich die Beschlüsse der Breslauer General-Versammlung nicht rechtfertigen lassen.

Diese Beschlüsse sind nun aber auch nicht einmal bestimmt und klar. Offenbar bezweckte man damit, daß sich die Prüfung nur auf die Vollmachtsdokument, nicht aber auf die Qualifikation des Abgeordneten beschränken sollte. Zu der Form einer Vollmacht gehöt nun aber auch, daß der Bevollmächtigte zur Ausübung des Mandats berechtigt sei. Eine Vollmacht ist, wie jeder andere juristische Akt, nur dann formell richtg, wenn alle gesetzlich vorgeschriebenen Formen beobachtet sind. Diese Formen sind allgemeine (gesetzliche) und spezielle. Die speziellen sind in besondern Gesetzen oder Statuten vorgeschrieben. Nun ist in den Statuten des Gustav-Adolf-Vereins die ausdrückliche Vorschrift nthalten, daß nur ein Mitglied des Gesammtvereins zum Abgeordneten gewählt werden könne. Zu den Fomen der Vollmacht gehört daher, daß der Gewählte Mitglied des Gesammtvereins sei und somit muß denn von der Hauptversammlung bei Prüfung der formellen Richtigkeit einer Vollmacht auch über diese Qualifikationsfrage entschieden werden. Sollte daher, was nicht wahrscheinlich ist, der Breslauer Beschluß für den Gesammtverein Gültigkeit erlangen, so würde er doch ganz wirkungslos sein, da es zur formellen Richtigkeit der Vollmacht gehört, daß der Gewählte die Eigenschaften habe, welche die Statuten erfordern, und also der Hauptversammlung nach wie vor das Recht verbleiben würde, über die Frage, ob der Bevollmächtigte Mitglied des Gesammtvereins sei, zu entscheiden.

Jedenfalls war nun aber die Hauptversammlung gegenwärtig, wo eine solche Abänderung der Statuten noch nicht stattgefunden hat, vollkommen berechtigt, über die Frage zu entscheiden, ob der Dr. Rupp als Mitglied des Gesammtvereins anzusehen, und somit fähig sei, seinen Hauptverein als Abgeordneter zu vertreten. Es läßt sich daher nicht rechtfertigen, wenn man die Hauptversammlung darüber tadelt, daß sie es zu einem Beschluß über die Zulassung des Dr. Rupp kommen ließ und daß nicht dagegen von vorn herein protestirt wurde. Eben so wenig läßt es sich rechtfertigen, wenn dieser Beschluß für ungültig erklärt wird. Der Beschluß ist seinem Inhalte nach nicht zu rechtfertigen, aber da er einmal gefaßt ist, so müssen wir uns darein fügen und nur dahin wirken, daß die nächste Hauptversammlung diesen Beschluß abändere.

Ferdinand Fischer.

*) Auszug aus einer, in der nächsten Woche erscheinenden Schrift über die Ausschließung des Dr. Rupp.

**) Nach §. 25 der Statuten könnte es zweifelhaft sein, ob die Legitimation blos von dem Abgeordneten des Centralvorstands zu prüfen sei. Dieser Zweifel, welcher übrigens leicht zu widerlegen wäre, kömmt hier nicht in weitere Erwägung, da der Abgeordnete des Centralvorstandes mit der Hauptversammlung darin einig war, daß der letztern die Prüfung zustehe.

Astronomisches.

Bei den Erscheinungen am Himmel, die uns nur immer den scheinbaren Vorgang zeigen, fühlt Jeder, selbst der Astronom zu Zeiten nicht ausgenommen, das Bedürfniß, den näheren Verlauf sich veranschaulichen zu können. Es sind von jeher eine Menge mehr oder minder sinnreicher Apparate dazu erdacht worden, allein sie sind ihrer Natur nach kostspielig, und daher immer nur vereinzelt vorhanden, und man entbehrt, wenn man den einen oder den andern einmal zu sehen bekommt, gewöhnlich die nothwendige Ausführlichkeit der Erklärung, und wenn diese von Gelehrten ausgeht, oft auch der vollen Verständlichkeit, wenn nicht alle vorausgesetzten wissenschaftlichen Vorkenntnisse vorhanden sind.

Daher fühle ich mich verpflichtet, alle wissensdurstigen Freunde und Bewunderer des herrlichen Mechanismus unsers Sonnensystens darauf aufmerksam zu machen, daß jetzt für kurze Zeit die Gelegenheit vorhanden ist, einen Gesammtüberblick von demselben und Erläuterungen zu erhalten, wie sie nur auf so verständliche, ungeschminkte Weise von einem schlichten, aber von Enthusiasmus für den Gegenstand ergriffenen Geiste, und von einem Verstande ausgehen können, der auch in den Mechanismus dieser Bewegungen eingedrungen ist. Viele werden sich noch derselben (damals nur noch nicht so vervollkommneten und vervollständigten) Apparate erinnern, welche der Mechanikus Scharff aus Thorn schon einmal vor 18 Jahren hier aufgestellt gehabt hat und welche wir jetzt wieder Abends von 6 bis 8 Uhr in der Stadt Rom beschauen und erklären hören können. Der Name Copernicus hat einen Enthusiasmus bei dem Manne erweckt, der ihn angetrieben hat, sein Leben der vervollkommneten mechanischen Darstellung des Systems seines großen Landsmannes zu widmen. Es ist sehr daran zu zweifeln, daß er Reichthümer damit erworben hat, aber überall ein freundliches Andenken, wie ich von mehreren Seiten her weiß.

Dreimal habe ich bereits mit Vergnügen seine Versinnlichung der Kräfte betrachtet, welche die Bahnen der Weltkörper bestimmen, und den rotirenden ihre Gestalt geben; die Bewegung der Planetenwelt unserer Sonne bis zum Saturn; die vortreffliche Darstellung der Erscheinungen, welche aus der combinirten Bewegung der Erde um ihre Achse in bestimmter Stellung und um die Sonne hervorgehen (Wechsel der Jahreszeiten, der Tag- und Nachtlängen); des Vorganges bei den Sonnen- und Mondfinsternissen, und der Bedingungen dabei; des wahren Mondweges im Raume u. s. w. In zweifacher Weise sind auch noch die wahren Verhältnisse der Größe der Planeten untereinander und zur Sonne, so wie ihre Abstände von der letztern dargestellt, wobei auch der erst am 23. Septbr. d. J. neu entdeckte Planet nicht vergessen worden ist.

Mehr noch als diese kurze Aufführung wird in der morgenden Zeitung die mir mitgetheilte und hierdurch gern bevorwortete Auffassung dieser Darstellungen ansprechen, welche bei derselben Belehrung und Erläuterung gesucht und gefunden hat.

v. B.

Der neue Planet

ist hier noch an jedem heitern Abend auf der Sternwarte beobachtet worden, und wird bald deren genug zu einer genauen Bahnbestimmung geliefert haben.

Inzwischen hat der Urheber seiner Auffindung das ihm zustehende Recht, ihm einen Namen beizulegen, an Herrn Arago zu Paris übertragen, worauf dieser, kraft des erhaltenen Rechts, den Namen LEVERRIER gewählt, und für diesen neuen Planeten das Zeichen ♆ bestimmt hat.

v. B.

Briefkasten.

Ein Aufsatz von W. Gr. in R. bei Str., die Obstbaumzucht in Schlesien betreffend, wurde zurückgelegt.

Breslauer Getreidepreise vom 3. November.

	Beste Sorte:		Mittelsorte:		Geringe Sorte	
Weizen, weißer	95	Sgr.	87½	Sgr.	72	Sgr.
Weizen, gelber	90	„	82½	„	70	„
Roggen	84	„	80	„	76	„
Gerste	59	„	56½	„	52	„
Hafer	37	„	35	„	33	„
Raps	77	„	76	„	75	„

Actien-Course.

Breslau, 3. November.

Oberschles. Litt. A. 4% p. C. 104½ Br.
dito Litt. B. 4% p. C. 96 Br. 95 Gld
Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% p. C. abgest. 96 Br.
Niederschl.-Märk. p. C 87 Gld. Prior. 5% 100½ Br.
Ost-Rheinische (Cöln-Minden) Zus.-Sch. p. C. 87 Br.
Sächs.-Schl. (Dresd.-Görl.) Zus.-Sch. p. C. 98 Br.
Krakau-Oberschles. Zus.-Sch. p. C. 68½ Gld.
Friedrich-Wilhelms-Nordbahn Zus.-Sch. p. C. 70⅔ bez. u. Gld.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 3. November. — Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem bei der Regierung in Posen angestellten Rechnungs-Rath Schulze den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Prediger der französischen Gemeinde zu Berlin, Professor Saunier, den rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Schullehrer Kämper zu Bochum, Regierungs-Bezirks Arnsberg, das allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Unteroffizier Wolter des 24sten Infanterie-Regiments, dem Gefreiten Rücken des 40sten Infanterie-Regiments (8. Reserve-Regiments) und dem Ulanen Fischer des 3ten Ulanen-Regiments, desgleichen dem Maurergesellen Karl Wilhelm Reibert zu Zörbig, Regierungs-Bezirks Merseburg, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königl. bayerschen Hofe, Kammerherr Graf v. Bernstorff, ist von Hamburg hier angekommen.

Der Fürst zu Lynar ist nach Drehna, Se. Excell. der General-Lieutenant und General-Adjutant Sr. Maj. des Königs, v. Neumann, nach Neu-Strelitz, und der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, von Meding, nach der Altmark abgereist.

* **Berlin.** Schon früher haben wir davon Mittheilung gemacht, wie der zur Zeitfrage gewordene Nothstand der ärmeren Klassen bei der fortdauernden Theuerung der Lebensbedürfnisse auch in der Versammlung der Stadtverordneten Gegenstand der Berathung geworden, und wie man, ohne die Maßregeln besonders zu bezeichnen beschlossen habe, die Noth der Armen nach Möglichkeit zu mildern. Wie wir vernehmen, so haben sich die Stadtverordneten gegenwärtig damit einverstanden erklärt, daß die Direktion der hiesigen Armenspeisungs-Anstalt ersucht werde, die sonst vom 15ten December beginnende Vertheilung von Suppen, schon mit dem 15ten d. M., auf Kosten der Stadt, eintreten zu lassen. Wir müssen diesen Schritt als eine jener für den Fall der fortdauernden Theuerung vorbehaltenen Maßregeln der städtischen Behörden betrachten, und dürfen von dem bekannten Eifer der genannten Direktion erwarten, daß durch die baldige Verabreichung nahrhafter Speisen vielen Armen eine wirkliche Wohlthat erwiesen werden wird.

△ **Berlin**, 2. Novbr. — Man erzählt sich hier die edelsten Charakterzüge, welche der Minister des Innern Herr v. Bodelschwingh bei dem Hinscheiden seines ältesten hoffnungsvollen Sohnes an den Tag gelegt hat. Auf sein eifriges Verwenden durfte die Untersuchung gegen den Gegner seines Sohnes und gegen die Secundanten allerhöchsten Orts ganz niedergeschlagen werden. — Den hiesigen Offizieren soll es auf's Neue streng eingeschärft worden sein, nirgends, nicht einmal auf Maskenbällen, im Civilrocke zu erscheinen. — Die im August d. J. bereits entworfenen Statuten zu einer Berliner Buchhändler-Innung sind vom Magistrat, als der nächsten vorgesetzten Behörde, größtentheils genehmigt. Unsere Buchhändler werden sich dieserhalb übermorgen (den 4ten) im englischen Hause zu einer Berathung versammeln. — Der spanische Karlisten-General Louis de Los Vallos hält sich seit Kurzem wieder hier auf. Derselbe brachte die letzte Zeit in Petersburg zu und beabsichtigt nun, einige Höfe zu besuchen, welche sich für Don Carlos und für dessen Söhne interessiren. — Der Jahrestag der vor 307 Jahren in Berlin erfolgten Einführung der Reformation ist heute in den Gymnasien und übrigen Lehranstalten durch Reden und angemessene Kirchengesänge wieder würdig begangen worden. — Unser Advokatenwesen soll zeitgemäßer umgestaltet werden, demzufolge man die Auscultatoren so wie die Referendare den Advokaten als Hilfsarbeiter beigesellen dürfte. — Ludwig Tieck, welcher durch eine unachtsame Weintraubenkur zu Potsdam lebensgefährlich erkrankt war, ist durch die sorgsame ärztliche Pflege des königl. Leibarztes Dr. Grimm zur Freude seiner vielen Verehrer so weit genesen, daß er sich wieder mit literarischen Arbeiten beschäftigen kann und bald nach Berlin kommen will, um den Winter unter uns zu verleben.

† **Berlin**, 2. Novbr. — Vor einiger Zeit erschien in Jena ein Katalog über die in den Jahren 1844 und 1845 in Deutschland verbotenen Bücher; dieser hat jetzt eine Fortsetzung erhalten, welche sich jedoch nicht über das Jahr 1845 hinaus erstreckt. Man kann ein solches Verzeichniß, wie es auf dem Titel desselben geschieht, einen Beitrag zur Geschichte der Presse nennen; es hat aber noch den praktischen Nutzen, daß es den Buchhändlern zum Nachweis und zur Erinnerung dient, vor welchen Schriften sie sich in Acht zu nehmen haben; denn bei der Art und Weise, wie den Buchhändlern die Anzeige verbotener Schriften gemacht wird, ohne daß sie in der Regel dieselben notiren (?) und bei der zunehmenden Zahl solcher Verbote erscheint ein besonderes Verzeichniß dieser Bücher einem vorhandenen Bedürfniß abzuhelfen. Von unserer obersten Polizeibehörde wird den Buchhändlern zwar von Zeit zu Zeit ein Verzeichniß der durch das Ober-Censur-Gericht zur Debitserlaubniß verstatteten oder verbotenen Bücher eingehändigt, wie uns ein solches vom 5. August v. J. vorliegt, aber die darin aufgenommenen Bücher sind doch nur solche, die außerhalb der deutschen Bundesstaaten in deutscher oder polnischer Sprache erschienen sind und für welche ausdrücklich der Debit bei dem erwähnten Gerichtshofe nachgesucht worden ist, was nach § 11 der Censur-Verordnung vom 23. Februar 1843 geschehen muß. Der vorhin genannte Katalog umfaßt aber auch alle innerhalb der deutschen Bundesstaaten erschienenen und später verbotenen Schriften, mit Ausschluß der Zeitschriften und Journale, und ist deshalb nicht blos lehrreicher, sondern auch für den praktischen Gebrauch des Buchhandels nützlicher. — Die vor einiger Zeit erfolgte Ernennung des geheimen Raths Herrn Mathis zum Director der zweiten oder Polizei-Abtheilung im Ministerium des Innern hat mehrfache Personal-Veränderungen in diesem Departement zur Folge gehabt. Einige ältere Räthe sind nämlich aus der zweiten in die erste Abtheilung übergegangen, und an ihre Stelle jüngere Hülfsarbeiter getreten, die, bevor sie im Ministerium Beschäftigung erhielten, mit dem Censoramt betraut waren. — Wenn man auf die Zeit sieht, welche verflossen ist, seitdem kein Gerücht über Personal-Veränderungen in den höchsten Verwaltungsstellen aufgetaucht ist, so darf es gerade nicht überraschen, daß sich allgemach solche Gerüchte wieder geltend zu machen anfangen. Wenn in dieser Hinsicht das Kriegsministerium zum Gegenstand der Vermuthungen gemacht worden ist, so erscheint dies einmal nur als Wiederholung der vor Kurzem mit großer Bestimmtheit aufgestellten Versicherungen, und hat sodann deshalb einige Wahrscheinlichkeit für sich, weil dem gegenwärtigen Kriegsminister trotz seiner im hohen Greisenalter so seltenen Rüstigkeit der Wunsch gerade nicht fern liegen kann, eine lange ruhmvolle Laufbahn durch einen ruhigen Lebensabend zu beschließen. Alle Gerüchte aber in Betreff eines designirten Nachfolgers halten wir für so unsicher und schwankend, daß es kaum der Mühe verlohnt, darauf einzugehen. Die Erfahrung hat in ähnlichen Fällen während der letzten Jahre mehrfach gezeigt, daß die Gerüchte und selbst scheinbar ganz zuverläßige Versicherungen bei den Personen vorbeitrafen, welche nachher die erledigten höchsten Verwaltungsstellen einnahmen. So geschah es z. B. 1842, als Flottwell zum Minister des Innern so gut wie designirt erschien und bald darauf Graf Arnim zum Minister ernannt wurde. Aehnliches ist in diesem Jahre bei der Ernennung des Herrn von Düesberg zum Finanzminister vorgekommen. Der Kreis der Männer, aus welchem ein künftiger Kriegsminister hervorgehen kann, ist allerdings nicht sehr groß; aber es treffen in unsern Tagen die Gerüchte auch selten nur das Wahrscheinliche, indem sich dieses allen Berechnungen entzieht.

* **Kurnick**, 29. October. — Der lebhafte und schmerzliche Eindruck, welchen das beabsichtigte Attentat vom 3. März und nachherige einzelne Ereignisse — wie der Transport der Kurnicker Betheiligten hierdurch nach Kormin — in den Gemüthern der hiesigen polnischen Bevölkerung erzeugt, ist so ziemlich verwischt.

Bonn, 28. Oct. (Magdb. Z.) Vor Kurzem wurde bekanntlich ein junger Mann, der einer sehr angesehenen adligen Familie des Großherzogthums Posen angehört und hier studirte, verhaftet. Derselbe war nämlich zur Zeit der polnischen Unruhen während der Ferien zum Besuche bei den Seinigen gewesen, hatte sich im Geheimen an dem beabsichtigten Aufstande betheiligt und war nach seiner Rückkehr zur Universität in fortwährendem Briefverkehr mit seinen revolutionären Landsleuten geblieben. Dies wurde entdeckt und hatte zur Folge, daß er aus dem Verwahrsam nunmehr heute durch zwei Gensdarmen auf Requisition der Untersuchungs-Commission mit Extrapost nach Posen abgeführt ist.

* **Hamburg**, 31. Octbr. — Die heutige Börsenhalle enthält einen von den deutschen Kaufleuten Edmund Moller, Carlowitz Harkort u. Comp., Wilh. A. Mensing, Ed. Reimers, M. Wilhelmy, Jul. Kreyenhagen und Edm. Cramer in Canton, so wie den ebenfalls deutschen Kaufleuten Cäsar, G. H. Schuhmacher, Oscar E. Müller, Ferd. Blase, George Grünewald, M. Samson, S. Dellevie, Henry Hilckes, Karl Weiß und R. Rienäcker in Hong-Kong unterzeichneten Aufsatz, die deutschen Handels-Interessen in China betreffend. In demselben legen sie dem Vaterlande die keineswegs gesicherten Verhältnisse vor, unter welchen sie allda trotz der durch Englands Friedensschluß 1842 erleichterten Verkehrsverhältnisse, die damals allen Nationen eröffnet wurden, leben müssen, und sprechen den dringenden Wunsch aus, daß von Deutschland aus baldigst etwas gethan werde, um sie in Bezug auf Sicherstellung ihrer Personen und ihres Eigenthums wenigstens auf gleichen Fuß mit den andern dort lebenden Nationen zu bringen. Zu dem Ende schlagen sie vor, daß die verschiedenen deutschen Länder sich zur Anstellung eines Handels-Consuls vereinigten, oder wenigstens die verschiedenen Aemter in eine Person concentrirten, da den Chinesen die Idee eines großen handeltreibenden Volkes, die ihnen allein imponirt, mit der durch Ernennung verschiedener Consuln dargethanen Zerstückelung nicht recht vereinbar scheinen dürfte.

δ **Frankfurt a. M.**, 31. October. — Die gestrige Abrechnung für October gewährte, mit Hinblick auf den Ultimo des vorjährigen October-Monats ein ungemein günstiges Resultat, so daß es fast scheint, als dürften wir einer Verbesserung der trüben Geldverhältnisse, die mit dieser Epoche hier eintraten, demnächst entgegensehen. Die gestrige Liquidation nämlich konnte, so umfänglich auch die mit dem Schlusse des Monats sich auflösenden Geschäfte gewesen waren, nicht nur mit großer Leichtigkeit bewirkt werden, da Baargeld in Fülle und zu billigen Bedingungen zu haben war, sondern es gingen auch die Course mehrer Papiersorten, wie beispielsweise Taunusbahn-Actien, im Verlaufe und nach Beendigung derselben in die Höhe. — Die Direktion des Frankfurter Hauptvereins der Gustav-Adolfs-Stiftung hat bekannt gemacht, daß ihre diesjährige General-Versammlung am nächstkünftigen Mittwoch im großen Saale des Weidenbusches abgehalten werden soll. Der zeitherige Aufschub hat dem Verein noch viele neue Mitglieder zugeführt. Andererseits, heißt es, der Frankfurter Bevollmächtigte bei der Berliner Hauptversammlung werde nicht persönlich erscheinen, sondern sich auf schriftliche Berichterstattung über die Ergebnisse seiner Sendung beschränken.

Würzburg, 27. Oct. (Rh.- u. M.-Z.) Am verflossenen Samstag waren der Kornmarkt und der Mainquai der Schauplatz höchst bedauerlicher Excesse. Landleute, welche Getreide auf die Schranne gebracht, wurden von einem Haufen Gesindels arg mißhandelt. Eine Schaar Pöbels zog auf die Neubaugasse, wo der Kornmarkt ist, und musterte die Bauern und Kornhändler. Man fragte einen Kornhändler: „Was kostet der Scheffel?" „„23 Gulden!"" war die Antwort. „Das hat ihm Gott gerathen, daß er so bietet," und man zog vorüber. Hierauf ging's zu einem Bauer, der den Weizen um 25 fl. anbot. Auf einen Wink wurde er gefaßt und durchgeprügelt. Dieses Executivverfahren wurde nun noch bei mehreren angewendet und die Gassenheiden applicirten es zuletzt an einer schwächlichen Bauersfrau, deren Mann sich in Geschäften von der Fuhr entfernt hatte. Die Tumultuanten vertheilten sich hierauf, um dem Mainquai zuzueilen und das Einladen zu verhindern. Daselbst hielten zwei Schiffe, ein Handelsmann aus Heilbronn und ein Schiffer aus Miltenberg. Diese versehen die Bewohner des Spessarts und des Odenwaldes, zum Theil Bayern und zum Theil Badener, also lauter deutsche Brüder. Der Kaufmann aus Heilbronn wurde gröblich mißhandelt, erhielt starke Verwundungen am Kopf, bis sich endlich die Polizeidiener seiner erbarmten, ihn arretirten und auf die Magistratur führten, um ihn wahrscheinlich so dem Haufen zu entreißen; dieser aber verfolgte ihn noch bis in die Stadt hinein mit Steinwürfen. Den Schiffer aus Miltenberg wollte man gleichfalls packen. Dieser ging aber nicht vom Schiffe, und 5 bis 6 handfeste Schiffsleute standen ihm zur Seite, welche den Lynchgenossen Achtung einflößten; dafür ergriffen diese einen Mann aus Dettelbach, der eben einlud. Aber auch er wollte sich nicht ungerügt mißhandeln lassen und schlug zuvor erst vier nieder, bis er überwältigt wurde. Während dieser rohen Vorgänge verließen die übrigen Bauern und Kornhändler ihre Wagen, eilten unverzüglich auf das Stadthaus und erklärten hier die Stadt, unter deren Schutz sie doch ihr Eigenthum zu Markte gebracht hatten, für verantwortlich. Jetzt eilte ein Bürgermeister an den Ort des Frevels und gebot Ruhe, worauf auch zum Theil die Einladung erfolgte.

Paris, 29. October. — Die Débats erklären sich heut durchaus gegen die Vorgänge in Portugal und sprechen ihre offene Mißbilligung des Verfahrens der Königin aus. Wir nehmen — sagen sie — nur geringen Antheil an dem Erfolge des Staatsstreiches, welchen jüngst einer der ältesten Satelliten des Radikalismus, der Marschall Saldanha, versucht hat. Die Königin spielt ein Spiel, das ihr ihre Krone kosten kann. Wir haben schon erklärt, daß es uns unmöglich ist, einen Ausweg in diesem Labyrinth von Intriguen und Gewalthandlungen zu finden. Vor einigen Monaten wurde ein Minister, dem es weder an Geschick noch Energie zu fehlen schien, ein alter Clubbist, Costa Cabral, durch einen Aufstand gestürzt. Die Sachen gehen jetzt deshalb weder besser noch schlechter. Der Fall Costa Cabrals brachte Portugal weder ein-

Freiheit mehr, noch verhinderte er es, daß der Schatz so leer blieb wie zuvor. Geschieht es nun, ihn zu füllen, daß die Königin, unterstützt durch den Marschall Saldanha es für angemessen gehalten hat, einen Staatsstreich zu begehen, und eine Umwälzung auf so viele vorhergehende folgen zu lassen? Ein solcher Weg führt selten zu gutem Ziel; es scheint auch hier ein ungleichartiges Resultat daraus hervorzugehen. Wir lieben keineswegs diejenige Art und Weise des Verfahrens, welches, unter dem Vorwande, die Freiheit zu kräftigen, nur damit anfängt jede Art der Freiheit und des Rechts zu suspendiren. Eine suspendirte Verfassung ist eine zerstörte. Die Freiheit der Presse und der Pressen existirt nicht mehr in Portugal; das ist uns vollständig klar in dem Lissaboner Staatsstreich. Deshalb nahmen wir denselben, trotz aller Versprechungen und Proklamationen der Königin, vom ersten Augenblick mit Mißtrauen auf. Wir dürfen nicht erst hinzusetzen, daß es absurd ist, der französischen Regierung auch nur den geringsten Antheil an dieser Verwirrung in Lissabon zuzuschreiben. **Gal. Mess.** hält diesen Artikel für höchst wichtig, indem er zeige, daß durchaus keine Wahrscheinlichkeit eines Mißverständnisses zwischen den Kabinetten von London und Paris, und der bei dieser Gelegenheit zu befolgenden Politik vorhanden sei.

Der König der Belgier will bis nach der Ankunft des Herzogs und der Herzogin von Montpensier hier verweilen. (Sonach war die gestern aus Brüssel mitgetheilte Nachricht falsch). Das neuvermählte Paar ist, nach einer heute veröffentlichten telegraphischen Depesche aus Bayonne, gestern von dort nach Pau abgereist und wird am 2. oder 3. November in Paris erwartet.

Der **Moniteur** enthält heut keinen officiellen Theil und folglich auch nicht die königliche Ordonnanz über des Marschalls Soult Demission und Herrn Guizots Erhebung zum Conseilspräsidenten, die man heut, am 7ten Jahrestage der Bildung des Kabinets vom 29. Oct., darin zu finden gehofft hatte.

Die Genfer provisorische Regierung hat sich an den Unterpräfecten von Gex gewendet, und Erklärungen über die Aufstellung und die Dauer des Aufenthaltes der französischen Truppen an der Cantons-Grenze verlangt. Der Unterpräfekt hat diese Reclamation nach Paris an die Regierung geschickt. Die Infanterie-Compagnie, die in Ferney war, ist inzwischen nach Colonges zurückgezogen worden, und die von Divonne nach Gex. Die Genfer Truppen stehen ebenfalls an der Grenze echollonirt, und es herrscht bis jetzt das beste Einvernehmen zwischen den beiderseitigen Offizieren. Der Genfer Generalstabs-Commandant hat sogar dem Obersten Carcenac anzeigen lassen, daß die französischen Soldaten ungehindert in Uniform und ohne Waffen Genf besuchen könnten. Die französischen Truppen haben jedoch das strenge Verbot unter keinem Vorwande die Grenze zu überschreiten.

Die Subscriptions-Liste der **Dèbats** für die Ueberschwemmten weist heute 68,238 Francs aus. Die Subscription der Administration der Eisenbahn von Orleans beträgt schon 40,599 Fr.

Man besorgt noch eine Ueberschwemmung durch die Seine, und es werden desfalls allerlei Vorsichtsmaßregeln getroffen.

Von allen Städten Frankreichs erhält man leider die Nachricht, daß die Getreidepreise bedeutend im Steigen bleiben.

Das **Memorial de Rouen** erzählt von unruhigen Auftritten, welche die Weber einer Fabrik zu Elbeuf, die einem Herrn Gombert gehört, herbeigeführt haben. Hr. Gombert hatte bis dahin bei vorzüglich gearbeiteten Stücken eine Prämie von 10 Fr. für das Stück gegeben. Die Arbeiter verlangen jetzt diese 10 Fr. beständig als Erhöhung ihres Lohns. Hr. Gombert weigerte sich dies zu geben. Darüber kam es zu heftigen Reden und Einmischung der Behörden. Die Weber begründeten ihre Forderung diesen letzeren gegenüber durch die große Theuerung. Sie wurden vor den Rath der Sachverständigen gestellt, der sie ermahnte, zur Arbeit zurückzukehren. Dies verweigerten sie und bedrohten das Etablissement des Herrn Gombert. Es mußten daher Gensd'armen von Rouen nach Elbeuf geschickt werden, um Herrn Gomberts Fabrik zu beschützen. Die Rädelsführer, 12 an der Zahl, sind verhaftet.

Die Orleans-Bourdeaux-Eisenbahn-Gesellschaft hat einen öffentlichen Bericht über das Unglück erstattet, welches die Linie durch die Ueberschwemmungen erfahren hat. Zwischen Blois und Tours war die Gefahr am größesten. Am Morgen des 22. überschwemmte die Cisse, ein kleiner Nebenfluß der Loire, die ganze Gegend zwischen Vouvray und Amboise, so daß auch die Eisenbahn unter Wasser gerieth und die Züge zurückgehen mußten. Später an demselben Tage brach die Loire durch den Deich in einer Breite von 200 Schritt. Da die Linie niedriger war, als der Ort, wo die Wasser eindrangen, so wurde die Eisenbahn mit einem weiten See bedeckt auf einem Terrain von etwa 2½ (deutsche) Meilen. Da alle Rettungsmittel in Bewegung gesetzt waren, verlor Niemand das Leben. Auf weiter als 100 Schritt drang das Wasser mit solcher Gewalt auf die Bahn ein, daß die Schienen und Schienenstühle weggerissen wurden. Die Station von Ambroise ist gänzlich zerstört; eine Menge Waggons sind mit weggerissen. — Der Dienst wird jetzt mittelst Dampfschiffe wieder hergestellt werden.

Unsere Fonds waren heut sehr fest, und die Course haben sich gebessert. In Eisenbahn-Aktien nur unbedeutende Variationen.

Madrid, 23. Oct. — Man spricht hier von einer Modifikation des jetzigen Ministeriums; Hr. Isturitz und mehrere seiner Collegen werden freiwillig zurücktreten, Hr. Mon soll Conseilspräsident werden und der einflußreiche Bravo Murillo das Innere übernehmen. Allein ein Ministerium Mon kann nur als ein transitorisches betrachtet werden und dürfte bei dem Zusammentritte der Cortes im Dezember kaum die Adreß-Debatte überleben.

Dem **Tiempo** wird aus Lissabon vom 15. Oct. berichtet: Es ist die Rede davon, Unterhandlungen mit dem Grafen Das Antas anzuknüpfen, um ihn zu bewegen, daß er von seinem Unternehmen abstehe.

(A. Pr. Z.) Der Herzog von Rianzares, der seine mit der Königin Christine erzielten Kinder zu Infanten erhoben zu sehen wünscht, soll den Titel Prinz der Antillen erhalten. Die Ausgänge der engen Straße, in welcher seine Wohnung belegen ist, sind mit Schildwachen besetzt, seitdem auch die Königin Christine letztere bezogen hat. — Es heißt hier, die diesseitige Regierung habe eine beträchtliche Geldsumme zur Verfügung der portugiesischen Minister gestellt. Gewiß ist, daß der portngiesische Gesandte, Baron Renduffe, gestern eine Note überreichte, in der er die diesseitige Regierung aufforderte, Truppen an die portugiesische Gränze rücken zu lassen. — Die englische Flotte war noch am 18ten auf der Höhe von Cadix sichtbar.

Lissabon, 18. Oct. (A. Pr. Z.) Die Nachrichten, welche heute aus den Provinzen hierher gelangt sind, lauten günstiger für die Regierung, als die gestrigen. Der Aufstand in den Südprovinzen und in Alemtejo, von welchem man gestern gesprochen hatte, wird bis heute noch nicht bestätigt, was wohl hauptsächlich dazu beigetragen hat, daß der Ausmarsch eines Theils unserer Besatzung unter dem unmittelbaren Oberbefehl des Königs selbst nicht stattfand, wie man angekündigt hatte. Man versichert, es sei die beruhigende Nachricht eingetroffen, der General Baron Vinhaes, der vor fünf Monaten, als er gegen die damals in den Nordprovinzen erschienenen Guerillasbanden und zuletzt gegen die Aufrührer von Porto geschickt worden war, durch seine Unentschlossenheit so viel zum Siege der Revolution beigetragen hatte, beweise diesmal entschiedene Festigkeit. Er habe zu Braganza 3000 Mann unter seinen Befehlen, mit denen er bereits für die Königin und das Ministerium Saldanha sich erklärt habe, trotz aller Versprechungen, die man ihm machte, um ihn für die Sache des Aufstandes zu gewinnen. Ja, man setzt hinzu, er sei bereits mit seinem Corps auf dem Marsche gegen die Stadt Porto um den Herzog von Terceira zu befreien und auch dort die Autorität der Königin herzustellen. Gelingt es ihm wirklich, Porto's wieder Meister zu werden, dann fällt Coimbra mit seiner Junta von selbst. Hier herrscht bis jetzt großer Eifer zu Gunsten der Regierung. Was die Bewegung zu Braganza betrifft, von der man gestern gesprochen hatte, so soll dieselbe, was allerdings mit der vorstehenden Nachricht über das Verhalten des General Vinhaes übereinstimmt, vielmehr zu Gunsten der Königin gewesen sein. Die Garnison gab dem von Porto aus an sie ergangenen Rufe kein Gehör, es soll eine Regierungs-Junta für die Sache der Königin gebildet worden sein, welche, wie es heißt, eine Proclamation in rein constitutionell-monarchischem Sinne veröffentlicht hat. General Vinhaes soll es auch gewesen sein, der die Versuche der Revolution, die Garnison von Chaves für sich zu gewinnen und mit ihrer Hülfe dann auch die Einwohnerschaft auf dieselbe Seite hinüberzuziehen, vereitelte. Der Verfasser der revolutionairen Proclamation daselbst soll zur Flucht genöthigt worden sein, und so ist dieser feste Platz der Regierung gesichert. Zu Evora scheint dagegen die Revolution die Oberhand behalten zu haben. Der General do Estremoz war mit einer Truppen-Abtheilung auf dem Marsche dahin. Die Festungen Elvas und Campomayor, welche jene ganze Provinz beherrschen, halten fest an der Regierung und das ist im gegenwärtigen Augenblicke von hohem Werthe.

London, 26. October. — Die schon früher gerüchtweise gemeldete Einnahme von Santa Fé durch den amerikanischen General Kearney, sowie die Besitznahme Kaliforniens durch den amerikanischen Commander Sloat, wird durch offizielle Berichte, welche das Kabinet von Washington darüber erhalten hat, bestätigt. Die mexikanischen Behörden leisteten keinen Widerstand, und jene beiden Theile des mexikanischen Gebiets, Ober-Kalifornien und Neu-Mexiko, sind vermittelst Proklamationen der amerikanischen Befehlshaber ohne einen Tropfen Bluts der Union einverleibt worden.

St. Gallen. Sonntags, den 25sten, erhielt Hr. Großraths-Präsident L. Gmür in einem besonderen Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs Gizzi vom 11ten d. M. die freudige, mit apostolischem Segen begleitete Anzeige von Rom, daß Se. Heiligkeit Papst Pius IX. aus der ihm vom katholischen Großrathskollegium für die erste Bischofswahl überreichten Vorschlagsliste den Dr. Johann Peter Mirer, dermaligen apostolischen Vikar unserer Diözese, zum ersten Bischof von St. Gallen ernannt habe.

Basel, 29. Oct., Morgens 8 Uhr. — So eben hat sich der gr. Rath versammelt, um die Petitionen über die Verfassungsänderung, welche jetzt mit ungefähr 700 Unterschriften versehen sein sollen, zu berathen. Im Aeußern herrscht in der Stadt die vollkommenste Ruhe. Obgleich auch in den verwichenen Tagen keine äußerlichen, die Störung der öffentlichen Ruhe bedrohenden Manifestationen wahrzunehmen waren, so scheinen doch gestern Besorgnisse, sei es nun durch Jahre oder falsche Gerüchte veranlaßt, aufgestiegen zu sein. Der kl. Rath versammelte sich noch spät Abends. Das Resultat seiner Berathungen war, keine militärischen Maßregeln für heute anzuordnen, sondern der Bürgerschaft die Handhabung von Ruhe und Ordnung zu überlassen. Andererseits wurde, nach bereits eingebrochener Nacht, ein „Vorläufer zur National-Ztg." ausgegeben, in welchem unter Anderm die Bewegungspartei ebenfalls zu Unterlassung aller Excesse ermahnt und ankündigt, daß, um allen Unordnungen vorzubeugen, das freiwillige Pompier-Corps, welches fast ausschließlich aus Liberalen bestehe, ohne Zuthun der Regierung, von seinen Offizieren für heute Donnerstags um 8 Uhr an seinen gewöhnlichen Sammelplatz, das Zeughaus, berufen sei. Die Versammlung hat nun diesen Morgen wirklich statt und ist die einzige außergewöhnliche Wahrnehmung, welche das Innere der Stadt darbietet.

Bern. In der Großrathsitzung vom 27. October wurde ein Anzug, betreffend die Ausschließung der Jesuitenzöglinge von Staatsstellen, behandelt und erheblich erklärt. In der daherigen einläßlichen Discussion sprachen sich namentlich Karlen v. d. Mühlematt als Anzugsteller, RR. Stockmar und Weingart gegen die Jesuiten aus, verlangen aber, daß dem Jura anderweitige Bildungsanstalten und namentlich ein kath. Priesterseminar gewährt werde. Gegen die Erheblichkeit spricht Scholer, welcher auch bei der Abstimmung mit 2 Collegen in der Minorität bleibt.

Rom, 20. Octbr. (A. Z.) Man ist hier in Erwartung der Dinge, die da kommen sollen. Die Römer geben die Hoffnung nicht auf, daß noch vor dem 8. November — für welchen Tag der Papst feierlich die Besitznahme vom Lateran angeordnet hat — eine Veröffentlichung wegen Verbesserungen in der Staatsverwaltung werde erlassen werden. Es finden häufige Berathungen darüber statt, aber man sagt zugleich, daß die Partei des Rückschritts alles anwende, um diese Maßregeln zu hintertreiben. Die Römer sehen ergeben und vertrauungsvoll auf den heil. Vater und den Cardinal Gizzi. Es heißt, der h. Vater habe angeordnet, daß die zahlreichen Bettler, ekelerregende Krüppel und Mißgestalten aus den Straßen entfernt werden sollen; alle fremden Bettler sollen über die Grenze, die einheimischen nach ihren Geburtsorten geschafft werden, wo die Gemeinden sie zu versorgen haben; die hier gebornen Bettler aber sollen in öffentlichen Anstalten, woran Rom so reich ist, untergebracht werden. — Ueber die Ereignisse in Faenza sind viele Briefe von Augenzeugen eingetroffen. Nach diesen war der Hergang folgender: Als Sonntag am 11ten d. mehrere junge Leute mit Gesang von der Jagd heimkehrten und die Vorstadt durchfuhren, wurden sie mit Flintenschüssen verfolgt. Auf die sofortige Anzeige bei der Stadtpolizei sendete diese eine Abtheilung der Schweizer dahin; viele Bürger folgten. Sie wurden mit Flintenschüssen empfangen, wodurch ein Schweizersoldat und ein Bürger getödtet, mehrere verwundet wurden. Mittlerweile hatte der Pfarrer die Sturmglocke läuten lassen, um die Landbewohner zu Hülfe zu rufen. Als am folgenden Tage von dem Gonfaloniere nichts geschah, um die Schuldigen einzuziehen, wurde der Zorn vieler Bürger entflammt, die den Gonfaloniere, als aus der Vorstadt gebürtig, als einen Centurione verschrieen und in seinem Hause arge Verwüstungen anrichteten. Am dritten Tage kam der die Stelle eines Prolegaten in Ravenna versehende Conte Lovatelli dal Carno nach Faenza und ließ alsbald das Militair mit Kanonen ausrücken. Es war den Truppen ein Leichtes, am 14ten die Vorstadt zu besetzen, eine allgemeine Entwaffnung vorzunehmen und einige 40 Individuen aus Stadt und Vorstadt zur Haft zu bringen. Weil die städtische Verwaltung sich sehr saumselig bei dem ganzen Vorfall gezeigt hatte, so ist sie einstweilen ihrer Functionen entsetzt. Man erzählt sich, daß der heil. Vater die Mittheilung darüber mit Schmerz vernommen; zugleich aber geäußert haben soll, diese offenen Feinde wären weit unschädlicher als die verkappten und heimlichen, welchen nicht so leicht beizukommen sei.